

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichs-Post-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schörm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rottstraße 18 a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsspaltige Kolonne:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinserten finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **575 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

### Zum Jahreswechsel.

Ein ganz außerordentlich ereignisreiches Jahr liegt hinter uns, ein Jahr mit großen und bleibenden weltgeschichtlichen Ereignissen. Und ein Jahr des Kampfes, des wirtschaftlichen und politischen Kampfes wie des blutigsten Völkerrkrieges.

Der Jahreswechsel hatte sich im Zeichen des Kampfes vollzogen. In Deutschland tobte der Wahlkampf, die Wogen der Bewegung gingen hoch, die Leidenschaften waren entseßt, denn es handelte sich um die wichtige Frage, ob der 1909 auf dem Boden der Finanzreform erwachsene schwarzblaue Block fortbestehen, am 12. Januar 1912 noch ein Vertrauensvotum der Wähler erhalten und er so zu neuen vollsündlichen Taten ermächtigt, oder ob er zertrümmert und eine neue, eine bessere Mehrheit im neuen Reichstag gebildet werden soll. Die Stoßkraft der Arbeiterschaft gegen Zentrum und Konservative oder Pfaff und Junker war geschwächt durch das Zusammengehen der bürgerlichen Kräfte mit dem schwarzblauen Block bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung, wo sie alle ohne Parteiuuterdchied einig waren beim Raub der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen und in der Ablehnung der bestgemeinten und durchführbaren Anträge der sozialdemokratischen Abgeordneten, durch die sie die Reichsversicherung zu einer wahren Volksversicherung machen wollten, an der die Arbeiter ihre Freude haben sollten.

Trotz dieser ungünstigen Umstände wurde das Ziel erreicht und der schwarzblaue Block zertrümmert. Die sozialdemokratische Partei eroberte 110 Mandate und erhielt am 12. Januar 4250329 Stimmen gegen 3259020 im Jahre 1907. Im ganzen erhielten die ganze Reihe 7 1/2 Millionen Stimmen, die Schwarzblauen nur 4330000 Stimmen; allein bei der bekannten Rückständigkeit und Ungleichheit der Wahlkreisverteilung erhielten die reaktionären Parteien fast so viel Mandate wie die Linksparteien, so daß diese nur eine kleine Mehrheit besitzen, die immerhin eine Mehrheit ist und die auch erhebliche Bedeutung haben würde, wenn die Mitglieder der bürgerlichen Kräfte, besonders die national-liberalen, in allen Fragen zuverlässig wären und nicht immer der Drehkrankheit oder der politischen Epilepsie verfallen würden. Und dennoch: der schwarzblaue Mehrheitsblock ist zertrümmert und er wird hoffentlich nie mehr wiederhergestellt werden können.

Der neue Reichstag brachte alle alten Kräfte und Kaffeeschwestern beider Geschlechter in eine fürchterliche Erregung durch die Wahl des Sozialdemokraten Scheidemann zum Vizepräsidenten. Himmel stürzt ein, Welt fällt um! Auch das noch. Scheidemann konnte sich schmeicheln, eine kurze Zeit die berühmteste und meistgenannte politische Persönlichkeit zu sein. Die Herrlichkeit dauerte indes nicht lange. Die National-liberalen „ernannten“ sich und ließen bei der definitiven Wahl des Reichstagspräsidenten den fürchterlichen Noten durchfallen, wodurch der Durchfall des Reichstagslers, den ihm seine Angst und Wellommenheit verursacht hatten, wieder beendert und seine dem Rausch so unerschöpfbare Gesundheit wieder hergestellt wurde.

Der anfänglich so unangenehme neue Reichstag erwies sich für die Regierung bald als ein wahrhaft ideales und so militärisches Parlament, daß es ohne lange Debatten und nur gegen die Opposition der Sozialdemokraten neue Forderungen von 650 1/2 Millionen Mark für Heeres- und Marinevermehrung beschloß. So etwas wäre vor zehn Jahren noch undenkbar gewesen; ist doch früher wiederholt gerade wegen der Ablehnung von Militär- und Marineforderungen der Reichstag aufgelöst worden. Die bürgerlichen Parteien haben demnach gründliche Wandlungen durchgemacht; aber nicht in volkstümlichem Sinne, sondern zum Militarismus und Imperialismus, der stets Kriegsechtfahren in sich trägt und den Frieden bedroht. Zum Jahres-schluss ist abermals die Rede von weiteren Verstärkungen von Militär und Marine, von neuen Militärklassen, Lasten an Gut und Blut für das Volk, für die Arbeiterschaft, trotzdem der Etat für 1913 bereits die Höhe von drei Milliarden erreicht hat und es mit der Tilgung der Reichsschulden, die fünf Milliarden betragen und der die halbe Milliarde neuer Steuern von 1909 dienen sollte, nicht vorwärts gehen will.

In den neuen Reichstag spielten auch die großen Nöte der Zeit hinein, soziale Kämpfe und Feuerung, Scharfmacherbewegung, Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht. Im März kam der große Bergarbeiterstreik im Ruhrbezirk zur Sprache, und zwar in Form einer Interpellation des Zentrums, ausgerechnet des Zentrums, das mit seinen Gewerkschaftsschriften den Riesenverrat an den Bergwerksproletariaten in Form des Massenstreikverbotes verübte. Was das Zentrum mit seiner heuchlerisch-demagogischen Interpellation wollte, das sagte ihm in der Debatte der Fortschrittler Gotheim mit der Feststellung, daß die Zentrumsinterpellation eigentlich hätte lauten sollen: „Was gedenkt der Herr Reichstagskanzler zu tun, um den christlichen Bergarbeiterverband gegen den alten Bergarbeiterverband zu helfen?“ Massenaufruf von Polizei und Militär, Massenverhaftungen und empörende, drakonische Massenverurteilungen, terroristische Niederschlagung des Bergarbeiterstreiks zum größten Vergnügen der immens reichen Kohlenbarone und der Gewerkschaftsschriften, das waren die Mittel des „sozial-reformerischen“ Deutschen Reiches, mit denen es auf das Geschrei der Gewerkschaftsschriften wie der Grubenmillionäre eingriff und

die kämpfenden Proletariat um die Früchte ihrer Anstrengungen betrog.

Leuerung und Fleischnot rüttelten im Reichstage an den Ministerbänken und den Seiten der Zoll- und Lebensmittelwucherer, aber umsonst. Die Wucherzölle, die raffinierten Schikanen des Fleischbeschaugesetzes, Einfuhrschleime, Grenzverationen u. d. d. bleiben und wenn darunter das Volk noch so sehr leidet. Die Gemeinden sollen eingreifen und helfen, erklären die Minister und proklamieren damit den Kampf der Kommunalpolitik gegen den Mittelstand, das heißt, sie sind entschlossen, lieber den Mittelstand preiszugeben und zu opfern, als die Wucherpolitik zu verlassen und zu einer volkstümlichen, wirklich vaterländischen Politik überzugehen.

Das ganze Jahr 1912 sah eine ununterbrochene und planmäßige Heße aller Scharfmacher und Unternehmerorganisationen gegen das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter unter dem verlogenen Schlagworte des „Arbeitswilligenschutzes“, während es sich um Kapitalistenschutz, um Privilegierung der Ausbeutung unter Vorschubung der Streikbrecher handelt. Noch kurz vor seiner Vertagung am 28. Mai versuchten die Konservativen im Reichstag unter dem Vorwande eines Schutzes der Arbeitswilligen ein neues Ausnahmengesetz gegen die ehrliche Arbeiterschaft durch folgende Resolution herbeizuführen: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuches dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Abänderung der Reichsgewerbeordnung beziehungsweise des Reichsstrafgesetzbuches vorzulegen, durch den ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen gegen Bedrohungen und Gewalttätigkeiten herbeigeführt und gesichert wird.“ Der arbeitserfindliche reaktionäre Antrag wurde mit 243 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Unter den 62 Scharfmachern befinden sich acht Nationalliberale und drei Zentrumslaute, unter den letzteren wieder der Graf v. Galen, dem die Ultramontanen nachrühmen, daß er der Pionier der Sozialpolitik im Reichstage war. Der Mann hat sich also famos entwickelt.

Die Scharfmacher haben übrigens ihr Programm revidiert. Verschiedene Handelskammern und Unternehmerorganisationen fordern nicht mehr das Streikpostenverbot, das früher ihre Kardinalforderung war; sie verzichten auch auf die Verschärfung des Strafgesetzes; sondern sie verlangen jetzt die strengste Anwendung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen; den Ausbau der verächtlichen Straßenvorkehrungs-Verordnungen; rasches und großes Polizei-, eventuell auch Militäraufgebot; beschleunigte und strenge Streikjustiz nach dem bereits hundertmaligen Vorbild des Ruhrgebietes und Verantwortlichkeit der Gewerkschaften für „Streikschäden“ zu dem Zwecke, ihre Kassen zu leeren und die der Unternehmer sowie ihrer Organisationen zu füllen. Man wird zugestehen müssen, daß auch dieses revidierte „mildere“ Scharfmacher-Programm vorzüglich geeignet ist, der organisierten Arbeiterschaft die Führung von wirtschaftlichen Kämpfen unmöglich zu machen, den Unternehmern die ungehinderte und gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter zu sichern und die völlige Verflämung und Verelendung der Arbeiterklasse unfehlbar zu erreichen. Schließlich hätte sich mit diesem „schönen Erfolge“ des Kapitals auch sein verborgener wilderster Landsknecht Alexander Tille zufrieden geben können, denn mehr wollte er am Ende auch nicht.

Uns bleibt der Trost und die Zuversicht, daß auch die Räume der Scharfmacher nicht in den Himmel wachsen; der von ihnen in der Arbeiterschaft erzeugte Gegenruck kommt in immer weiter wachsenden gigantischen und granitenen Formen zum Ausdruck. Haben die der Generalkommission angeschlossenen Verbände Ende 1911: 2320986 (1910: 2017298) Mitglieder, so werden sie das Jahr 1912 mit mindestens 2 1/2 Millionen abschließen, wovon allein zirka 550000 auf unsern Deutschen Metallarbeiter-Verband entfallen, der Ende 1911: 515145 Mitglieder zählte. Die Verantwortung der christlichen Gewerkschaften mit der päpstlichen Gnade, von der allein ihr Dasein und ihre Zukunft sowie ihre gewerkschaftliche Tätigkeit oder Untätigkeit abhängen und der schimpfliche Massenverrat im Ruhrgebiet bedeuten ihre vernichtende Kompromittierung, ihren Untergang und für die freien Gewerkschaften eine gewonnene Schlacht. Die deutschen Arbeiter werden im Laufe der Zeit auf ein winziges Häuflein zusammenschumpfen, die sich unter die Vormundschaft der Bischöfe — zum Beispiel eines Senle mit seinem schönen christlichen Arbeiterprogramm: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“ — stellen und von ihnen demütigt und untertänigt die Erlaubnis erbitten, ob sie ein paar Pfennige Lohnerhöhung, eine Stunde Arbeitszeitverkürzung, bessere Ventilation im Arbeitsraum, anständigerer Behandlung u. d. d. verlangen; ob sie sich von übermütigen Unternehmern ausperren lassen oder gleich zu Kreuze kriechen sollen; ob sie da oder dort eine neue christliche Gewerkschaft gründen oder die Berliner einen katholischen Arbeiterverein mit famosen Fachabteilungen als soziales Spielzeug für große Kinder ins Leben rufen dürfen u. d. d. Das Jahr 1912 bedeutet für die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland den Wendepunkt, die Tragödie ist zur Komödie geworden, mit welcher „Wendung durch Gottes Fügung“ wir sehr zufrieden sein können.

Bei guter wirtschaftlicher Konjunktur haben im Laufe des Jahres zahlreiche Lohnkämpfe stattgefunden, deren größter der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet war. Die meisten dieser zahlreichen Kämpfe, an denen auch unser Verband in vielen Fällen beteiligt war, verliefen für die Arbeiter mit mehr oder weniger Erfolg und wurden wieder manche Fortschritte und Verbesserungen im Arbeitsverhältnis errungen trotz christlicher, gelber, nationaler und „vaterländischer“ Quertreiber und Besserer.

Das Jahr 1912 war in bezug auf die landwirtschaftlichen Ernteergebnisse ein Rekordjahr, aber auch bezüglich des Außenhandels, der sich von Monat zu Monat in erfreulicher Weise weiterentwickelt hat.

In bester Entwicklung begriffen ist auch das Konsumgenossenschaftswesen, das fortschreitend an Ausdehnung und Bedeutung gewinnt und bei der Arbeiterschaft steigende Wertschätzung erfährt.

Wenden wir den Blick über unsere Landesgrenzen hinaus, so erscheint gleich nach Beginn des neuen Jahres als das wichtigste Ereignis der siegreiche Verlauf der Revolution in China mit der Proklamierung der Republik. China Republik! Wer hätte das erwartet! Man kann nun nicht mehr das große und alte asiatische Reich als abschreckendes Gebilde sozialer und staatlicher Erfahrung anführen und auch nicht mehr das schöne Bild des chinesischen Jopfes zur drastischen Illustrierung europäischer Rückständigkeit benützen. Der Szenenwechsel ist ein vollständiger; heute argumentieren die chinesischen Reaktionäre mit den preussischen Junkern gegen den Fortschritt der jungen Republik. Der preussische Junker wird der letzte Zeuge der Zeit des staatlichen Mißbrauchs für die eigenen engsten Klienteninteressen und der infamen staatlichen Vergewaltigung der Volksmassen sein.

Weiter ist am andern Ende Asiens das durch eine Revolution verjüngte und neu belebte Persien der Raubsucht Rußlands zum Opfer gefallen, wobei ihm andere Mächte, wie England, Frankreich, Deutschland u. s. w. schmähliche Handlangere Dienste leisteten. Persien ist nun unrettbar verloren in den Krallen des russischen Raubtieres und die persischen Freiheitskämpfer haben ihre großen Opfer an Gut und Blut umsonst gebracht.

Das gleiche Schicksal erleidet Finnland, das kulturell unvergleichlich hoch über Rußland steht, so diesem aber mit seiner überlegenen rohen Macht vergewaltigt wird.

Ungarn hat den Niedergang seines Parlaments erlebt, in dem wie im preussischen Landtag der Polizist regiert und die oppositionellen Abgeordneten hinauswirft. Diese parlamentarischen Kämpfe sind indes nur Epiphomen in dem großen Kampfe um die Wahlreform, die erst wieder ruhigere Zeiten für Ungarn bringen wird.

England schien in die Periode der aktiven sozialen Revolution eingetreten zu sein. Monatelang war sein wirtschaftliches und soziales Leben aufs tiefste erschüttert, ein riesiger Generalstreik folgte dem andern und mit dem der Million Bergleute war der Höhepunkt erreicht. Die Kernwörter waren:

Wir Räder stehen still.

Wenn dein starker Arm es will.

warten in grandioser Form zur Wahrheit geworden. Leider entsprachen die Erfolge nicht dem Kraftaufwand, woraus wohl die Lehre zu ziehen ist, daß die große wirtschaftliche Macht der Arbeiter ihre Ergänzung durch eine entsprechend große politische Macht der Arbeiterklasse im Staate finden muß.

Auch die Schweiz hatte ihren Generalstreik in Zürich als eintägigen Demonstrations- und Proteststreik gegen die perfide Parteimahne der Behörden für ein verbrecherisches und verkommenes Streikbrechergesindel. Erwähnt sei auch die internationale soziale Woche in Zürich, die nicht ohne Bedeutung war und über die wir berichteten.

In Belgien steht der Generalstreik seit dem Frühjahr als wachsendes revolutionäres Wetterzeichen am politischen Himmel für die Erlämpfung des gleichen Wahlrechts an Stelle des auf die ultramontane Parteiherrschaft zugeschnittenen Pluralwahlrechts und es ist wahrscheinlich, daß das Jahr 1913 ihn bringen wird.

Die Wahlreform beschäftigt auch Frankreich in hervorragendem Maße, wobei es sich um die Einführung des Proporz handelt. Die niedergehende radikale Partei erblickt in dem brutalen Majoritätssystem ihre letzte Stütze und Rettung, während die anderen Parteien nach politischer Gerechtigkeit schreien und jeder Partei an Vertretung zutommen lassen wollen, was ihr gebührt.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben einen neuen Präsidenten gewählt, den „Demokraten“ Wilson, dessen Demokratie allerdings von einer ganz besonderen Sorte ist. So hat er, der in New York Universitätsprofessor ist, sich gegen die höhere Bildung für das „gemeine Volk“ ausgesprochen, da ja irgend jemand da sein muß für die Verrichtung schmutziger Arbeiten. „Warum sollen die Kinder der Arbeiterklasse nicht dazu erzogen werden, die Arbeit zu tun, die ihre Eltern jetzt leisten?“ Damit steht der amerikanische Demokrat Wilson auf dem verächtlich tiefen Niveau des Regensburger Bischofs. Weiter wird von Wilson die Äußerung erzählt: „Ich glaube nicht an die Herrschaft der Masse. Ich glaube an die Aristokratie, die Herrschaft der Wenigen.“ Und mit solcher preussischen Junker-gesinnung kann man in der großen amerikanischen Republik „Demokrat“, demokratischer Politiker und Parteiführer, ja sogar demokratischer Präsident der Republik sein. Von diesem neuen „demokratischen“ Regiment hat also die Arbeiterschaft Americas nichts zu erwarten, sie kann vielmehr sagen: Es kommt nichts Besseres nach.

Das große weltgeschichtliche Ereignis des Jahres 1912, das noch in der Schwebe und in dessen Zeichen sich der Jahreswechsel vollzieht, ist der Balkankrieg, den die vier kleinen Balkanstaaten gemeinsam gegen die Türkei unternahmen. Dieser Krieg ist das Verbrechen der europäischen Diplomatie, die im Jahre 1878 auf dem Berliner Kongreß nach dem russisch-türkischen Kriege die Orientfrage in einer Weise löste, daß man nur von einem Hufschwert reden konnte, das reiche Keime zu neuen dreierseitigen Konflikten enthielt und das zu verbessern sie in den

seit her verfloßnen 34 Jahren in unverantwortlichster Weise unterließ, obwohl es in dieser Zeit auf dem Balkan immer brannte und niemals völlige Ruhe herrschte. Der italienisch-türkische Krieg brachte auch die Balkanfrage auf die Tagesordnung; allein die Diplomatie der Großmächte erwies sich abermals als absolut unfähig zur friedlichen Lösung des Problems, die durchaus im Bereiche der Möglichkeit lag. So entbrannte der furchtbare und grauenvolle Balkankrieg, über dessen zweimonatlichen Verlauf und gegenwärtigen Stand unsere Leser aus der Tagespresse unterrichtet sind. Gegenwärtig herrscht — abgesehen von den griechisch-türkischen Kämpfeleien — der Waffenstillstand und in London tagt die Friedenskonferenz der Vertreter der fünf Staaten des Balkans zu dem Zwecke des Friedensschlusses. Nebenher geht noch der österreichisch-serbische Konflikt, dessen Ursprung, die angebliche „Verstümmelung“ des österreichischen Konsuls Prochaska in Belgrad, sich nunmehr als ein großes Verbrechen von Arg und Trug erweist. Wer war dieser Verbrecher? Er sollte ermittelt und der Bestrafung der ganzen Welt preisgegeben werden. Österreich sucht mit Serbien auch aus andern Gründen anzubandeln. Seinen Junkern und Agraren zuliebe will es Serbien an der Erwerbung eines Hafens am Adriatischen Meer verhindern und darüber eventuell einen europäischen Krieg ausbrechen lassen, in den auch Deutschland hineingezogen würde.

Dagegen hat der internationale Sozialistkongress in Basel seine machtvolle Friedensfestschreibung erlassen, in der das Proletariat der ganzen Kulturwelt als der Friedenspartei erscheint, der die Fortdauer und die unheilvolle weitere Ausdehnung des blutigen Völkerrkrieges verhindern will.

Wünschen und hoffen wir, daß sich der Waffenstillstand auf dem Balkan als die Vorstufe des Friedensschlusses erweist und die Völker Europas von weiteren kriegerischen Verwicklungen verschont bleiben.

So erscheint an seiner Schwelle das neue Jahr im ernstesten Sinne als das verschleierte Bild von Saiz, als ein inhaltsschweres Rätsel, dessen Lösung im Zeitenschoße verborgen ist.

Die Arbeiterschaft arbeitet indessen weiter am Friedenswerk, an der Völkerverständigung und der Umwälzung der Ursachen der Völkerrückfälle und Völkerrückfälle, des Kapitalismus, der kapitalistischen Klassenherrschaft durch die Vernichtung des Sozialismus. Möge uns das neue Jahr diesem erhabenen und menschheitserlösenden Ziele wieder um ein Stück näherbringen!

### Immer wieder Scharfmacher und Hüttenarbeitertrug.

Wenn es gegen einen besseren Arbeiterschutz geht, sind die Hüttenunternehmer im Westen Deutschlands immer mit vorne an. Sie beweisen alles mögliche, wenn sie annehmen, daß es zum Besten ihrer Ausbeutungsquote dienlich sein könnte. Als Sie ihre Anklagen im Reichstag über die prächtige Aufschüttung der einschlägigen Schutzmaßnahmen in den Hüttenwerken vorbrachte, erklärte der damalige Vertreter für Duisburg, Dr. Beumer, es herrsche im Gegenteil „peinliche Sauberkeit“ in den Werken. Der Mann wollte zurecht kommen und jeder Stundige lachte. Wird doch eine peinliche Sauberkeit auch von den Arbeitern gar nicht verlangt, die eine solche Reinlichkeit in einer großen Schmelze ja kaum möglich ist. Und alle Betriebe der Großhüttenindustrie sind umgehört große Schmelzen. Von Uebertrübungen können die Scharfmacher der Großhüttenwerke aber nicht lassen, davon gibt auch wieder die Ende November in Düsseldorf abgehaltene Hauptversammlung eines langnamigen Vereins, des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Kunde.

Nach den Mitteilungen der Unternehmerrichtungen hat der vom Geschäftsführer Dr. Hoff dort erstattete Jahresbericht manches, was für die Arbeiter von Bedeutung ist, wurde doch auch wieder einmal die Hüttenarbeiterbeschwerde unter Messer genommen.

Dr. Hoff schilderte die Lage im Gebiet und führte aus, daß die sozialwirtschaftlichen Kämpfe außerordentlich heftig gewesen seien. Als Ursachen wurden Hochkonjunktur und Arbeitermangel angegeben. Weiter heißt es (nach dem Bericht der Dortmunder Zeitung, Nr. 609, Morgenausgabe):

Für unser engeres Gebiet kommen neben den allgemeinen Ursachen noch verschiedene Umstände hinzu, die die Veranlassung zu besonderen Anstrengungen der Gewerkschaften geben. Ein Hauptmoment ist der Wettbewerb der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften und ihr gemeinsamer Kampf

gegen die in letzter Zeit überraschend schnell gewachsenen wirtschaftlichen nationalen Arbeitervereine.

Da nach Dr. Hoff „aller Voraussicht nach in den kommenden Jahren mit den gleichen Verhältnissen zu rechnen ist“, ging er noch weiter auf die Dinge ein, und zwar folgendermaßen:

„Die Gründung der christlichen Gewerkschaften“ erfolgte als Gegenorganisation der Klassenkämpferischen freien Gewerkschaften. Aber schon 1900, ein Jahr nach ihrer Aufstellung, gingen die christlichen Organisierten bei einer Reihe von Streiks Hand in Hand mit den freien Gewerkschaften. Ihre Taktik, die dem Bestreben entsprang, möglichst viele Mitglieder zu erhalten, bestanden die christlichen Gewerkschaften lange Jahre hindurch bei und scheinbar hatten sie damit auch Erfolg. Aber die Verbitterung, die die fortgesetzte Verhöhnung der Arbeiterklasse auslöste, diente letzten Endes nur den Interessen der radikalen Richtung. Die christlichen Gewerkschaften haben das gleiche Schicksal, wie die seit Jahren schon stagnierenden kirchlich-dunkelsten Gewerkschaften. Sie sind die Pioniere der Sozialdemokratie. Wohl gelangt es ihnen, solche Kreise der Arbeiterklasse für den Gewerkschaftsgedanken zu interessieren, die sich nicht der Sozialdemokratie anschließen wollen. Aber was sie auf der einen Seite durch Neuaufnahmen gewinnen, verlieren sie auf der andern Seite durch den Uebertritt zu den freien Gewerkschaften. Wie die nationalen Arbeiter durch die kirchlich-dunkelsten Gewerkschaften den Weg zur Sozialdemokratie finden, so die dem Zentrum nahestehenden durch die christlichen Gewerkschaften. Diese Erkenntnis mag mit der Veranlassung gewesen sein zu der neutralen Haltung des christlichen Bergarbeiterverbandes während des Streiks im Frühjahr dieses Jahres. Aber in ihrer Hoffnung, für ihr wirtschaftliches Verhalten durch einen großen Zulauf neuer Mitglieder belohnt zu werden, sehen sich die christlichen gezwungen. Nicht ihre Reihen stärkten sich, sondern die der wirtschaftlichen nationalen Verbände.“

Dann folgte eine Anpreisung der neuen westdeutschen gelben Werkvereine. Weiter besuchte sich der Unternehmerrichtungen mit dem Verlangen der Arbeiterorganisationen auf Einführung der Achtstundentage in der Großhüttenindustrie. Schöner liegt den Hüttenherren das gewichtige Buch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über die Schwereisenindustrie und ihre Arbeiter im Magen. Es heißt in dem Geschäftsbericht des Dr. Hoff:

Im Januar 1912 gab der Deutsche Metallarbeiter-Verband ein Buch heraus, das unter anderem den sämtlichen Mitgliedern des Reichstages zugestellt wurde: Die Schwereisenindustrie im deutschen Zollgebiet, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter. Durch eine Unmenge statistischer Aufstellungen und Erhebungen soll der Nachweis geführt werden, daß die Arbeiterverhältnisse in der Schwereisenindustrie für die Arbeiter untragbar sind. Die wesentliche Forderung ist das Verlangen, an den Bundesrat auf Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden.“

Weiter wurde der Tagung der „christlichen Wettbewerber“, der Generalversammlung der Duisburger Zentrumschriften in Dortmund, gedacht:

Auch hier die Forderung auf Einführung des Achtstundentages, durch die allein der drohenden Körperlichen und geistigen Entartung des Hüttenarbeiters vorgebeugt werden könne. Zur Freiführung der öffentlichen Meinung wurde dabei immer von einer zwölfstündigen Arbeitszeit statt von einer zwölfstündigen Schicht gesprochen. Die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit beträgt nur zehn Stunden. Aber auch innerhalb dieser zehnstündigen Arbeitszeit haben die Arbeiter in den meisten Fällen noch eine große Anzahl teils längerer, teils kürzerer Pausen, die durch die Betriebsverhältnisse bedingt sind. Wenn seitens der Gewerkschaften behauptet wird, nicht die normale Arbeitszeit sei die übliche, sondern eine durch ungeschulte Ueberstunden verlängerte, so ist auch das eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit. Die Gesamtzahl der Ueberstunden belief sich 1911 auf 2,76 Prozent, 1910 auf 2,59 Prozent der gesamten Arbeitsstunden. Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat in Gemeinschaft mit seiner nordwestlichen Gruppe als Vertreter der angegriffenen deutschen Großhüttenindustrie Untersuchungen veranlaßt, die die einseitige und entstellende Darstellung der Gewerkschaften widerlegen. Es sei deshalb hier nur kurz auf die derzeitige Unüberführbarkeit der Einführung des Achtstundentages in der Großhüttenindustrie hingewiesen.“

Daß die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit für die Hütten- und Walzwerkarbeiter nur zehn Stunden betragen soll, ist eine furchtbar nagelneue Entdeckung des Dr. Hoff, die ihm jedoch nicht patentiert werden wird. Keiner ist eine solche Beschränkung gesetzlich festgelegt. Mittelbar — durch die Bestimmungen, daß vor Beginn der regelmäßigen Schicht acht Stunden Ruhe liegen müssen — ist die Arbeitszeit durch die Bundesratsverordnung auf je zehn Stunden begrenzt worden; die Fabrikinspektoren berichten aber von noch viel längeren Schichten. Wir wollen zugunsten des Dr. Hoff nicht annehmen, daß es sich um eine bewusste

Täuschung der Öffentlichkeit handelt, sondern halten für näherliegend, daß er von den Dingen, über die er redet, nicht genug versteht. Im übrigen ist zu sagen, daß die Beweisführung der Unternehmerrichtungen gar lachhaft anmutet: einmal muß in der Großhüttenindustrie der ausländischen Konkurrenz wegen so angestrengt gearbeitet werden, daß jede Schichtverlängerung die Krupp, Thyssen, Baare &c. an den Bettelstab bringen würde, dann wieder wird die eigentliche Hüttenarbeit als so wenig anstrengend und derart zeitlich begrenzt geschilbert, daß man sich doch verwundern muß, warum die Hüttenherren sich nicht selbst mit den Jagen an die Oesen und Walzen stellen, statt ihr Hirn, wie sie glauben machen, mit Sorgen über die Aufrechterhaltung der Betriebe zu zergäheln. Die von den amtlichen Fabrikinspektoren festgestellten vielen Millionen Ueberstunden können bei dem Unternehmer doch bei aller Strupellosigkeit nicht aus der Welt reden! Wenn es nun so lächerlich wenig für den einzelnen Arbeiter ausmachen soll, dann wäre ja die beharrliche Welgerung der Hüttenherren, die Ueberarbeit einzuführen, noch in n o f e t, weil kein Produktionsausfall zu befürchten wäre.

Mein lieber Freund, ich rat' euch drum, Zuerst Collegium logicum!

Auch von der jetzt geltenden schwächlichen Schutzverordnung haben ja die Unternehmer gewisssagt, daß sie die Hüttenindustrie zugrunde richten werde. Dabei blühen den Herren die fetten Dividenden wie nur je früher!

Dr. Hoff rechnete dann große Zahlen aus über die angebliche Mehrbelastung der Unternehmer bei Einführung der Achtstundenschicht. Und gar weit reichen die Sorgen der Unternehmer:

„Die Frage, ob mit der Einführung der Achtstundenschicht der Arbeiterschatz selbst ein Dienst erwiesen wird, kann auch nicht ohne weiteres bejaht werden. Wohl wird in ländlichen Gegenden ein Teil der freien Zeit einer Beschäftigung gewidmet werden können, die der geistigen und körperlichen Entwicklung zugute kommt. Ob dies auch in den Städten, zumal in den Großstädten, der Fall, ja selbst nur möglich ist, muß doch bezweifelt werden.“

Wären die Unternehmer doch die Sorge, was mit der freien Zeit anfangen werden soll, ruhig den Arbeitern selbst überlassen. Soviel könnte auch Dr. Hoff lapidariert haben, daß die Hütten- und Walzwerkarbeiter kaum aus Verlangen nach mehr Arbeit die Verlängerung der Arbeitszeit fordern. Der Unternehmerrichtungen ist allerdings für jede Minute und jede Sekunde seiner süßen, freundlichen Gewohnheit des Erdendaseins so auf die schwere Muskel- und Handarbeit erpicht zu sein, daß es ihm einfach unfaßbar dünkt, wie die städtischen Arbeiter, die keine Erdencholle zu bebauen haben, bei dem Achtstundentag ihre Zeit verbringen sollen! Oder sollte nicht doch Dr. Hoff, wenn er sich etwas genauer bei sich selbst erkundigt, erfahren können, daß man in pflichtarbeitsfreier Zeit gar mancherlei nützliches und erbauliches und der Körperlichen und geistigen Entwicklung dienliches tun kann, ohne gerade Mist zu schieben oder sechszehn Stunden am glühenden Ofen der Hüttenwerke zu stehen?

„Es ist nicht anzunehmen“, heißt es weiter, „daß die Achtstundenschicht auf die Großhüttenindustrie beschränkt bleibt. Andere Industrien werden folgen müssen. Die deutsche Industrie wäre damit vom Wettbewerb im Ausland und dem Ausland gegenüber in Deutschland ausgeschlossen.“

Langsam doch, Herr Hoff! Sie scheinen ja anzunehmen, daß sich der Achtstundentag in der Eisen- und Stahlindustrie glänzend bewähren wird, wenn Sie so große Angst äußern, daß auch andere Industrien schleunigst nachfolgen würden! Denn, Herr Doktor: wenn sich der Achtstundentag in der Schwereisenindustrie so wenig behaupten würde, wie Sie es glauben machen wollen, wenn die Einführung undurchführbar sein soll, dann würden doch die anderen Industrien um so mehr, durch die schlechte Erfahrung geschütt, davon verschont bleiben! Aber die Unternehmerrichtungen ist geradezu erstaunlich, wie sich noch weiter zeigen wird. Dr. Hoff geht gleich aufs Ganze, er meint weiter, wenn man den Glauben erwecken wolle, daß durch internationale Verständigung eine Grundlage gefunden werden könne, die die Leistungsfähigkeit aller Industrieländer gleichmäßig herabsetze, so könne einem solchen Versuch nicht schief genug entgegengetreten werden. Und warum nicht? Weil „wir“ in Deutschland so schrecklich „gewissenhaft“ in der Beachtung der etwaigen Abmachungen sein würden und die Ausländer so arge Sünder! Man höre und lauche nicht: „Wir würden dank unserer Schulung in sozialpolitischer Hinsicht die Pflichten gewissenhaft erfüllen, die uns eine internationale Abmachung auferlegt. Wir besäßen aber keinerlei Garantie einer gleichen gewissenhaftigkeit beim Auslande. Die Gelegenheit, den lästigen Konkurrenten zu beseitigen, wäre dem doch zu günstig.“

Nun ist's aber doch genug. Was braucht es mehr der Zeugnisse, daß den Unternehmern eben jeder Grund recht ist, den gefährdeten besseren Hüttenarbeiterschutz unmöglich zu machen, sei er

nicht mit dem der anderen überein, was als ein gewisser Rangel dieser Uebertragungsform anzusehen ist.

Soll die Gelenkigkeit zwischen zwei Stücken erhöht werden, so wendet man wohl doppelt Universalgelenke an. Diese bestehen aus einem Ringglied, das zwischen zwei einfachen Universalgelenken angeordnet ist, so daß sich die Fähigkeiten beider gewissermaßen vereinigen.

Die ansehnliche — oder eigentliche — Gelenkwelle wird sich nun auch ein System von mehreren Gelenken auszeichnen, die entweder Universalgelenke sind, oder die sich doch zusammen angemessen in deren Aufgaben teilen. Nicht uninteressant ist es in dieser Beziehung, auch die Konstruktion der letzten Jahre heranzuziehen, um festzustellen, was für verschiedene Richtungen oder Erfindungen auf diesem Gebiete gemacht worden sind. Es sei gestattet, diesen Ideen ein wenig nachzugehen.

Ein Erfinder legt seine Welle — bei der er allerdings wohl nicht auf kurze Verbindungen rechnet — aus Stücken zusammen, zwischen denen kleinere dazwischen angeordnet sind, daß sie mit vierkantigen Vorhängen in einem gewissen Ausparungen der andern greifen, so daß immer zwischen zwei Körpern eine kleine Richtungsänderung möglich wird. Etwas gewöhnlicher ist eine andere Erfindung. Hier besteht die Welle aus Stücken, die mit abwechselnden hantelartigen Gliedern. Von diesen Gliedern greift nun die eine Angel links, die andere rechts in je eine Gelenkfläche eines Gliedes, wobei natürlich dafür gesorgt ist, daß die Welle durch nachträgliche Bearbeitungen mehr als eine Gelenkfläche besitzt, da sonst ein Zusammenstoß nicht vorhanden wäre. So stellt sich diese Kette als eine Zusammenstellung vieler Einzelgelenke dar, von denen jedes nur einen wärtigen Spielraum zu haben braucht.

Ein anderer Erfinder ordnet eine Reihe von Stengelgliedern an. Diese werden zunächst von einer Spirale umgeben, bei der der Draht einen rechtswärtigen Umdrehung zeigt, worauf dann ein Gegenstück aus dem Draht einwärts zeigt. Er hat überall für Kugellager gesorgt, und er läßt die inneren Organe überhaupt in einem Gehäuse laufen. Es ist ja klar, daß bei allen Gelenkwellen die Reibungsfrage eine beherrschende Rolle spielt, und daß es darum gilt, diese möglichst zu verringern.

Bei einigen Jahren wurde ferner eine Welle patentiert, bei der die harten Wellenglieder durch Uebergreifen schwebelastiger

Vorprinzipien des einen Wellengliedes über entsprechend geformte Enden gabelförmiger Arme des benachbarten Wellengliedes drehbar miteinander verbunden sind. Dabei gestalten je zwei aufeinanderfolgende Verbindungen Drehungen, deren Richtungen rechtswinklig aufeinander stehen.

Man hat auch Gelenkwellen aus rohrförmigen Gliedern konstruiert, die sich dadurch kennzeichnen, daß das eine Rohrstück mit nach innen stehenden Rippen versehen ist, die in seitlich angebrachte Schlitze des andern Rohrstückes hineinpassen und dadurch eine bewegliche Verbindung herstellen.

Erwähnt sei auch eine biegsame Welle aus gelochten stabförmigen Gliedern, bei der zwischen diesen abwechselnde Glieder aus gebogenem Draht angeordnet sind. Die festen Glieder haben hier Rippen, die verhindern sollen, daß die Welle Spiel hat, was sich jedoch schoner ganz vermeiden lassen dürfte.

Das Problem derartiger Uebertragungen wird nun in bezug auf Biegsamkeit und Reibung — das heißt geringe Reibung und Abnutzung — wohl am besten durch gut konstruierte biegsame Wellen im engeren Sinne gelöst. Es hat sich für diese zum Beispiel eine Form herausgebildet, die Queer in seinem Querschnitt der Technik treffend mit ein paar Worten charakterisiert. Er lautet nämlich: „Biegsame Wellen bestehen aus zwei gegenläufigen, ineinander stehenden, eng getwundenen Stahlrohrspiralen mit einer schlauchartigen Umhüllung.“

Zu einzelnen hat natürlich jede Fabrik wohl spezielle Ausführungsformen. So kann zum Beispiel die „Umhüllung“ verschiedene sein. Der eine sieht eine Schutzspirale aus einem kräftigen Metallschlauch her, der andere armiert mit Spiralschlauch und Ledermantel; oder er begnügt sich mit einem leichteren Stahlschlauch. Die Wellen werden bisweilen mit Stenzelagern versehen, oder man wendet für schnellen Umlauf doppelte Kugellagerung an. Solche Wellen, die sich natürlich nicht mitdrehen dürfen, schützen gegen Verletzungen, denen der Arbeitende bei rascher Wellendrehung ausgesetzt sein würde, und sie bieten zugleich Gelegenheit, das Innere der Welle als Schmierbehälter anzupacken.

Man stellt aber auch biegsame Wellen aus mehreren abwechselnd links und rechts gedundenen Spiralen her, und ein Erfinder ließ sich dabei die rechtliche Querschnittsform der Drähte patentieren. — Die biegsamen Wellen werden in bestimmten Stücken und Längen geliefert, und es müssen an ihren beiden Enden noch besondere

### Biegsame Wellen.

Will man beispielsweise bei Bohr-, Schleif- und Fräsarbeiten das Werkzeug in wechselnder Richtung ansetzen, so bereitet dies ganz erhebliche Schwierigkeiten, sofern die Drehmaschinen eine bestimmte, unveränderliche Lage einnimmt. Man ist dann vielfach gezwungen, das Werkzeug entsprechend zu drehen, was natürlich bei einem schweren Bohrer überaus unpraktisch und zeitraubend ist.

Einige Maschinenbauer haben nun die biegsamen Wellen so, die bei feststehendem Antriebapparat eine beliebige Richtungsänderung des arbeitenden Werkzeuges erlauben, so daß das Werkzeug in jeder Lage nicht geändert zu werden braucht, während das Arbeiten vor sich geht.

Bei den „biegsamen Wellen“ kann man zwei Gruppen unterscheiden, die als „Gelenkwellen“ und als „biegsame Wellen im engeren Sinne“ zu bezeichnen sind. Wir wollen beide in der angegebenen Reihenfolge betrachten, um dann zu sehen, wie die letzteren an beiden Enden armiert werden und welche Leistungen etwa von ihnen erwartet werden können.

Die einfachste Gelenkwelle besteht aus zwei einseitig abgewinkelten Wellen, die durch ein Kreuz- oder Universalgelenk miteinander verbunden sind. Eine ausführliche Beschreibung eines solchen Organes enthält sich ja wohl, und es mögen einige andernbezügliche Bemerkungen genügen. Die Grundform derselben wird durch ein Kreuz mit vier gleich langen Beinen dargestellt, an dessen gegenüberliegenden Enden zwei einander entgegengesetzte gabelförmige Glieder mit den Enden ihrer vier Beine gegenseitig befestigt sind. So kann sich der Stab der einen Seite innerhalb weiterer Stangen in jedem beliebigen Winkel gegen den der anderen drehen. Denn das Gelenk läßt eine gegenläufige Drehung in einem den rechts nach links und den oben nach unten zu, während alle benachbarten Verbindungen der Richtungen zusammengeführt werden können. Dient sich die eine Seite einmal um, so drehen sich die andere auch dann eine Umdrehung, wenn die beiden in sich selbständige Richtungen liegen.

Daß es zu beachten ist, daß die gleichwärtige Bewegung des arbeitenden Organes nur dann eine gleichwärtige bei den angrenzenden feststehenden Organen, wenn die beiden Seiten eine gerade Linie bilden, was sich bei den Stangen durch die Hülfsstücke zu erreichen nicht schwierig ist. Die beiden Seiten des Kreuzes der einen Seite

auch noch so fadenförmig. Was die deutschunternehmerliche Gewissenhaftigkeit anlangt, so wäre da mancherlei einzuführen. Man denke nur daran, mit welcher „Gewissenhaftigkeit“ sich deutsche Agrarier und deutsche Unternehmer mit Händen und Füßen gegen die Einführung einer Reichserbschaftsteuer sträubten, damit ihre Gewissenhaftigkeit nicht öffentlich bekannt werde! Man denke an die Zahlen, die Professor Debrück und andere über die defraudierten Steuererwerbungen herausbrachten. Die deutschen Unternehmer werden ebenso gewissenhaft sein wie das kapitalistische Unternehmertum im allgemeinen.

Zum Schluß noch eins. Daß die Leistungsfähigkeit der Güterwerke international herabgesetzt werden soll, ist von den Arbeitern nie verlangt worden; es ist dies wieder ein Zeichen für die „gewissenhafte“ Uebersehungskunst der Unternehmersekretaire bei der Sachdarstellung. Im Gegenteil würde bei dem Dreischichtsystem die Arbeitsmenge naturgemäß steigen. Daß aber der Ausbeutungssatz unbedingt immer steigen müsse, scheint uns durchaus nicht naturgemäß zu sein. Wie soll denn eine Abschöpfung der Klassengegenstände anders möglich sein als dadurch, daß der Anteil der Arbeiter am Arbeitsertrag größer wird und der Anteil des Kapitals kleiner? Wer für eine Abschwächung und für eine Ausgleichung der Klassengegenstände in der Gesellschaft ist, muß dafür eintreten. Man darf sich nicht durch das Geschrei der Unternehmer und ihrer Presse betören lassen, die die Dinge auf den Kopf stellen und der „Schürung der Massengegenstände“ die bezichtigen, die doch gerade das einzige Mittel anwenden wollen, einen Ausgleich möglich zu machen.

Wobei noch erwähnt werden kann, daß die Großindustrien ja das Gebiet ist, auf dem die Zurückdrängung des persönlichen Unternehmers am weitesten vorgeschritten ist. Da wäre es wieder ganz naturgemäß, wenn auch die ungeheuren arbeitslosen Rentengewinne den Aktionären mehr entzogen würden. X.

**Aus Oberschlesien.**

**Hüttendirektor — Amtsvorsteher!**

Einen jeden Kollegen ist die preussische Polizeigewalt bekannt, wenn es sich darum handelt, der gewerkschaftlichen Agitation ein Bein zu stellen. In diesen Fällen ist die Gesetzesauslegung nicht mehr zu überdienen. Ein besonderes Gebiet von Auslegungspraxis bildet die Erteilung einer Genehmigung zum öffentlichen Verteilen von Flugdrucken. Wie sie sich dann wendet! In Oberschlesien, wo die Polizeistruken ihre Deklaration von anno 1878 bis 1890 noch beibehalten haben, ist es besonders schwer, mit dem § 43 der Reichsgesetzordnung zurecht zu kommen, besonders dann, wenn der Herr Amtsvorsteher zugleich Direktor irgend eines Hüttenwerkes ist. Ist jedoch das zu verteilende Flugblatt gar in polnischer Sprache gesetzt, dann ist noch eine besondere Aktion notwendig.

Im Februar dieses Jahres beantragte der Kollege Bialboga (Kattowitz) die Genehmigung zum Verteilen eines Flugblattes beim Amtsvorstand in Bobrek, betitelt „Pioset Tysioey“ (Fünfhunderttausend). Der Amtsvorstand sandte das eingereichte Probeexemplar zur Prüfung an das Grenzkommissariat mit folgendem Vermerk:

„Mit dem Ersuchen um Prüfung und Mitteilung, ob gegen die Erteilung der Genehmigung Bedenken geltend zu machen sind, 2. Anzeige hierbon dem Herrn Landrat zu erstatten, Der Amtsvorsteher.“

Das Grenzkommissariat sandte — jedenfalls aus Versehen — die Antwort darauf anstatt an den Amtsvorsteher dem Antragsteller zu; die Antwort des Herrn Polizeirats lautete:

„Es handelt sich hier um eine Agitationschrift für den sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband Deutschlands, Zahlstelle Kattowitz.“

Der Inhalt des Flugblattes ist d. S. f. a. m. l. i. c. gehalten. Den Tatbestand des § 130 des Strafgesetzbuchs erfüllt er nicht. Ergebnis zurück. gez. W. Adler.“

Auf Grund dieses Gutachtens erteilte der Amtsvorsteher für Bobrek die Genehmigung.

Ganz anders ging es dem Antragsteller mit demselben Antrag beim Amtsvorsteher für Elguib-Paruschowitz. Der dortige Amtsvorsteher ist der Direktor des Smaliterwerkes Siljastahütte, Herr Schweisfurth. Auf seinen Antrag erhielt B. folgende Aufforderung:

„Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 24. dieses Monats und teile Ihnen hierdurch mit, daß ich vorerst einmal wissen muß, was in dem qu. Flugblatt, das in polnischer Sprache abgesetzt ist, gesagt wird.“

Organe vorgelesen sein. Denn die Welle soll ja mit der betreffenden Kraftmaschine in zwangsläufige Verbindung gebracht werden, und deshalb muß irgend ein Werkzeug, ein Bohrer oder dergleichen, wieder Anschlag an sie gewinnen.

Der Anschlag an einen Elektromotor geschieht unter Umständen sehr einfach mittels eines zylindrischen Zapfens, der mit Reibung in eine entsprechende rohrförmige Bohrung gesteckt wird. Soll dagegen eine Welle von einem Drehbortel ausgehend angetrieben werden, so versteht man sie mit Seilscheibe und Spannhaken. Man hängt diese dann in passender Höhe an einer endlosen Schur an. Umtriebsorgan auf, während man durch ein am Haken aufgehängtes Gewicht oder durch ein anderweit stramm gezogenes Seil die Ruhelage des Wellenendes, sowie die Spannung der Transmission regelt. Willst die Welle am Anfangspunkt einen allzu scharfen Winkel, zum Beispiel mit der treibenden Motorachse, so ordnet man gern hier ein Unterfahrgelenk an. An der richtigen Stelle leistet ein solches vorzügliche Dienste, und es wird die Welle bedeutend geschont, wenn die scharfe Umbiegung ihr abgenommen und auf das Konto eines solchen Gelenkes überschrieben wird.

Auf der andern Seite der biegsamen Welle sind dann Gewindeventuren und ähnliche Organe angebracht, mittels deren sich die betreffenden Arbeitsapparate verbinden lassen. Hier sei bemerkt, daß man bei Bohrungen, wenn die Welle sehr schnell umläuft, gern durch ein Zahnradpaar eine Uebertragung in ein langsames Tempo zu erzielen sucht. Daraus erklärt sich auch in der folgenden Aufstellung der Unterschiede zwischen der Tourenzahl der Welle und des Bohrers, wegen deren man natürlich zunächst eine Uebereinstimmung anzunehmen geneigt sein würde.

In Bezug auf die Leistungen biegsamer Wellen liegen dem Verfasser dieser Zeilen verschiedene Tabellen vor, die aber im wesentlichen — und jedenfalls betreffs der hier angegebenen Daten — übereinstimmen. So daß sich aus ihnen ein allgemeiner gültiges Bild gewinnen läßt. Stellen wir gewissermaßen Extreme einander gegenüber: Eine biegsame Welle, deren Seelen Durchmesser 5 Millimeter mißt, überträgt bei 850 ihrer Touren und 575 Touren eines Bohrers von 4 Millimeter 0,25 Pferdestärken, während bei 40 Millimeter Seelen Durchmesser und 450 oder 50 minütlichen Umdrehungen mit einem 40 Millimeter starken Bohrer 1,4 Pferdestärken übermittelbar werden. H. B.

Ich stelle hoher anheim, mir den Text des Flugblattes vorerst einmal in deutscher Sprache einzureichen, darauf ich Ihnen dann weitere Nachrichten zugehen lasse. Der Amtsvorsteher gez. Schweisfurth.“

Dem Mann konnte geholfen werden, die Uebersetzung wurde eingeleitet und darauf erhielt B. folgenden Bescheid:

„Den Empfang Ihres Schreibens vom 29. Februar cr. bestätigend, teile ich Ihnen hierdurch mit, daß ich auf Grund des preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 § 10 die Genehmigung zur Verteilung des mit zur Einsichtnahme überfandenen Flugblattes wegen seines aufreizenden Inhaltes zum Klassenhaß nicht erteilen kann. Der Amtsvorsteher. Schweisfurth.“

Damit gab sich der Antragsteller nicht zufrieden, sondern stellte erneut einen Antrag; er berief sich auf das Gutachten des Herrn Polizeirats W. Adler in Reuthen O.-S. und ersuchte um nochmalig wohlwollende Prüfung. Auf diese Eingabe wurde B. folgende Belehrung zuteil:

„Ob der Inhalt des qu. Flugblattes den Tatbestand des § 130 des Strafgesetzbuchs mit dem vollen Erfolg ausformender Gewalttätigkeiten erfüllt, ist für meinen ablehenden Bescheid nicht von Bedeutung. Tatsache ist, daß der Inhalt des qu. Flugblattes aufreizend zum Klassenhaß wirkt und wirken muß und kann ich daher aus diesen Gründen eine Genehmigung zur Verteilung des Flugblattes nicht erteilen. gez. Schweisfurth.“

Es hat also nichts genützt; der Amtsvorsteher und Direktor W. Adler bei der ersten Auffassung und Uebersetzung, daß die Verteilung des polnischen Flugblattes in Paruschowitz einer „Mobilisation zur Revolution“ gleichkomme. Inzwischen gab unser Vorstand das Flugblatt „Einigkeit macht stark“ heraus und B. versuchte mit diesem beim Amtsvorsteher sein Glück. Darauf wiederum folgender Bescheid:

„Auf Ihre Eingabe vom 28. Mai cr. teile ich Ihnen hierdurch mit, daß ich auch heute noch aus dem Ihnen bereits früher unterm 7. März cr. angegebenen Grunde die Verteilung des schon einmal behandelten Flugblattes nicht gestatten kann. gez. Schweisfurth.“

Also hatte auch dieses Flugblatt das Zurechtbare des Amtsvorsteher in sich gehabt, der Herr Amtsvorsteher und Direktor lebte noch immer in Angsten.

Gegen diese Verurteilung der Genehmigung des ersten polnischen Flugblattes klagte der Antragsteller beim Kreisaußschuß in Rybnik. Um unseren Kollegen den Entwidlungsgang einer Revolution im Kopfe eines preussischen Amtsvorstehers und Hüttendirektors nicht vorzuenthalten, sei auch hier die Antwort auf die Klage an den Kreisaußschuß bekannt gegeben. Sie lautet:

„Paruschowitz, den 9. April 1912. Es ist richtig, daß die Genehmigung für die Verteilung des in polnischer Sprache abgesetzten Flugblattes, wie von dem Kläger geltend gemacht, nachgeprüft und dann von mir mit der angegebenen Begründung verweigert wurde.“

Ob es sich bei der gutachtlichen Äußerung des Herrn Polizeirats W. Adler um das gleiche Flugblatt handelte, welches mir vorgelegt hat, kann ich nicht sagen. Sollte es aber der Fall sein, so kann ich mich keineswegs der Ansicht des Herrn Polizeirats W. Adler anschließen.

Kein Mensch, der mit den hier in Betracht kommenden Verhältnissen genauer vertraut ist, wird behaupten wollen, daß das qu. Flugblatt einen direkt aufreizenden Zweck nicht verfolgt. Der ruhige, überlegende Arbeiter wird sich ja vielleicht von solchen aufreizenden Redensarten und läugerischen Darstellungen nicht betören lassen — der ober-schlesische Arbeiter aber — der schon durch die vom Ausland hereingetragene großpolnische Agitation verhetzt ist, wird blindlings auch noch diese ihm aufgeschobenen Lügen als bare Münze hinnehmen und sein ganzes Verhalten seinem Arbeitgeber gegenüber dementsprechend einrichten. Er wird in dem dem Arbeiter seine Menschenwürde und Freiheit raubenden folgenden Fabriktag erst recht und in doppelter Auflage den ober-schlesischen Brotherrn erkennen wollen, der ihm ohnehin schon als fremder Eindringling und Ausbeuter polnischer Lande in seinen Zettlungen geschädigt wird.

Von heute auf morgen wird der so weiter aufgepöbelte ober-schlesische Arbeiter natürlich nicht, wie sein Kollege jenseits der russischen Grenze, direkt Gewalttätigkeiten begehen und seinen Brotherrn und Vorgesetzten niederschlagen, wenn so nur die Folgererscheinungen gedacht wären, die der § 130 des Strafgesetzbuchs verhüten soll, aber die W. g. l. i. c. h. e. t. t. e. wird doch niemand verneinen wollen, daß es bei irgend welchemünftigen Anlaß, durch solche Anreizungen bedingt, einmal zu Gewalttätigkeiten kommen wird und kommen muß, wenn nicht rechtzeitig diesen unverantwortlichen Schüren und diesen läugerischen Darlegungen in Wort und Schrift entgegengetreten wird.

Den Tatbestand des § 130 des Strafgesetzbuchs erfüllt nach meinem Dafürhalten der Inhalt des qu. Flugblattes daher sehr wohl voll und ganz und ich bitte deshalb, den Kläger mit seiner Klage abzuweisen. Ergebnis zurück. Schweisfurth. Urchriftlich dem Geschäftsführer Franz Bialboga in Kattowitz.“

Wir sehen hier, was für eine Wirkung unser Jubiläumflugblatt „Fünfhunderttausend“ auf das Gemüt eines Amtsvorstehers und Hüttendirektors ausgeübt hat. Was für heftige Kämpfe muß es gekostet haben etwa bei dem Gedanken, 1000 Arbeiter der Siljastahütte in Paruschowitz seien Mitglieder im Deutschen Metallarbeiter-Verband? Schrecklich!

Die einzige Sorge war nun noch, ob sich der Kreisaußschuß den Ansichten des Amtsvorstehers und Hüttendirektors anschließen und den Antragsteller mit seiner Klage abwenden wird. Der 31. Oktober war der Tag, an dem die Entscheidung fallen sollte. Herr Schweisfurth war dazu persönlich erschienen. Vom Kläger wurde geltend gemacht, daß der Inhalt des polnischen Flugblattes aus dem in deutscher Sprache erschienenen Flugblatt „Fünfhunderttausend“ entnommen ist, das in hunderttausenden Exemplaren in Deutschland zur Verteilung kam, ohne daß das vom Beklagten zu Befürchtende irgendwo eingetreten wäre. Dasselbe treffe bei dem zur Klage stehenden Flugblatt zu, das in vielen Orten Oberschlesiens zur Verteilung gelangte, ohne daß es zu einer Beunruhigung des „polnischen Elements“ gekommen wäre. Durch das Flugblatt sollen die Arbeiter mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband vertraut gemacht werden, obwohl zugegeben werden muß, daß es den Arbeitern der Paruschowitzer Werke wegen ihrer niedrigen Einkommenslage schwer fallen wird, sich dem Verband anzuschließen. Eine Aufreizung zum Klassenhaß steht dem Verband, wie seine Vergangenheit beweist, fern.

Darauf der Herr Amtsvorsteher: Ich gebe zu, daß der Lohn meiner Leute niedriger ist, als bei der Arbeiter in Norddeutschland. Der norddeutsche Arbeiter ist jedoch gegenüber dem ober-schlesischen weit leistungsfähiger und daher auch der Lohnunterschied. Ich bin Leiter mehrerer Werke und weiß das zu unterscheiden, jedoch habe ich auch Arbeiter, die noch besser als die norddeutschen bezahlt werden.

Die Auseinandersetzung könnte jedoch beim Kläger den Anschein erwecken, daß ich als Direktor des Paruschowitzer Werkes die Verteilung nicht wünsche. Reinlich wollte ich bloß meinen Arbeitern ersparen, daß ich sie eines Tages aus dem Betriebe hinauswerfen muß.

Im übrigen, sagte er, bleibe er dabei, daß das Flugblatt eine läugerische Darstellung sei. Schade, daß der Vorsitzende dieser „Unterhaltung“ ein Ende gemacht hat.

Der Kreisaußschuß hob den Bescheid des Herrn Schweisfurth auf und verurteilte ihn zur Tragung der Kosten. Was schwer dieses war, beweist folgende Begründung im Urteil:

„Das Flugblatt, zu dessen Verteilung der beklagte Amtsvorsteher die Genehmigung verlangt und von dem ein Exemplar dem Kreisaußschuß vorgelegt hat, soll angeblich Propagandazwecken des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes dienen. Die darin enthaltenen sozialdemokratischen Schlagworte, wie „Mehr Lohn und Brot“, „Kürzere Arbeitszeit“, „Freiheit und Menschenwürde“, ferner der in Bezug auf die Verteilung gebrauchte Ausdruck „F. a. m. l. i. c. h. e. t. t.“ gehen entschieden über den Rahmen des Sachlichen hinaus; es ist nicht ersichtlich, inwiefern diese Redemengungen dem Zweck der Mitteilungsvermittlung dienen sollen, die Vermutung spricht vielmehr dafür, daß insbesondere für die Bezeichnung „Fabriktag“ eine Verächtlichmachung der Arbeitgeber beabsichtigt ist. Bei einer Prüfung des Flugblattes nach seinem Gesamthalt ist der Kreisaußschuß jedoch zu der Uebersetzung gelangt, daß der Inhalt nicht soweit geht, daß er den Tatbestand des § 130 des Strafgesetzbuchs erfüllt. Dieser Tatbestand ist nach der klaren Fassung der ältesten Strafgesetzbuch nur gegeben, wenn eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten vorliegt, in dem Flugblatt ist jedoch weder eine direkte Aufforderung zu Gewalttätigkeiten enthalten, noch läßt sich eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten aus demselben entnehmen. Aus der Möglichkeit, daß durch andauernde Agitation in der Art des Inhaltes des Flugblattes mit der Zeit eine beraterige Verheerung des Publikums, für das es bestimmt ist, bewirkt werden kann, daß durch andauernde Anstöße Gewalttätigkeiten ausgelöst werden könnten, läßt sich auch nicht auf das Vorliegen einer indirekten Aufreizung zu Gewalttätigkeiten schließen. Die Verurteilung des beklagten Amtsvorstehers mußte daher, wie gesehen, aufgehoben werden.“

Man sieht, daß der Kreisaußschuß sich Mühe gegeben hat, die Ansicht des Herrn Amtsvorstehers so gut als möglich zu verteidigen. Es muß hier jedoch richtiggestellt werden, daß das Wort „Fabriktag“ in das polnische Flugblatt nicht übernommen worden war, vielmehr hieß es dort: „Allmächtige Herren“. Es ist das jedoch gleichgültig, weil wir keine Veranlassung haben, etwas von dem Inhalt unserer Flugblätter zurückzunehmen. Die ganze Aktion beweist uns, wie man angestrebt darüber wacht, daß den Arbeitern der Weg zur Organisation erschwert wird, daß sie ihn nicht finden sollen. Selbst über das sachliche Gutachten des Herrn Polizeirats W. Adler, der zweifellos eine Autorität auf dem Gebiete ist, hat man sich hinweggesetzt. Die Fälle solcher Gesetzesauslegung sind in Oberschlesien nicht vereinzelte, vielmehr sucht man mit allen Mitteln die Entwicklung der Organisation der Arbeiter zu unterbinden. Die Gesellschaftsliste kündigt an, daß für 1912 zwölf Prozent Dividende zur Verteilung gelangen. Man sieht, daß auch mit dem „minderleistungsfähigen ober-schlesischen Arbeiter“ sich gute Profite erzielen lassen. Sollten jedoch die Arbeiter in Paruschowitz mit Hilfe unseres Verbandes „mehr Lohn und Brot“, „Kürzere Arbeitszeit“, „Freiheit und Menschenwürde“ verlangen, dann sind sie nach Ansicht des Herrn Amtsvorstehers und Hüttendirektors zum Hinabschleudern aus dem Betriebe reif geworden. Der Herr Direktor Schweisfurth steht mit dieser Ansicht unter den ober-schlesischen Magnaten nicht allein da. Die Ausübung des Koalitionsrechts kommt den Herren einer Revolution gleich.

Es wird Aufgabe der ober-schlesischen Kollegen sein, dem Beispiel der Kollegen in Norddeutschland zu folgen und die Organisation zu stärken, und deren Leistungsfähigkeit auch den Schachmachern in Oberschlesien fühlen zu lassen. Auf zur Agitation für den Verband!

**Mehr Rückgrat!**

Es ist eine erfreuliche Folgeentwicklung der gewerkschaftlichen Organisation, daß sie das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft ungemein gesteigert hat. Der alte Hinweis auf den Wert und die Bedeutung der Arbeit und des Arbeiters hat ungezählte Tausende aus dem Staube gehoben. Menschen, die früher ohne Würdig und Willen dahindämmerten, sind zum Begehren und Wollen erwacht; aus lebenden Maschinen, aus redenden Werkzeugen sind Kar denkende, stolz wachende, zielbewußt handelnde Menschen geworden. Das ist ein Resultat, das sich die Arbeiterbewegung aufs Konto setzen darf.

Aber es gibt viel Wasser für diesen Wein. Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen umfassen nur einen Bruchteil der Arbeiterschaft, und von diesem Bruchteil untersteht die große Mehrheit dem Einfluß der Organisationen erst ganz kurze Zeit. Das heißt: die Erziehungsarbeit der Organisationen hat nur bei einem ganz geringen Prozentsatz der Arbeiterschaft tiefere Wurzeln schlagen, bewährte Resultate zeitigen können. Es ist also nicht verwunderlich, sondern selbstverständlich, daß auch auf diesem Gebiete weit mehr Arbeit vor uns als hinter uns liegt. Wobei zu berücksichtigen ist, daß die gewonnenen Resultate der gewerkschaftlichen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit sich mit den Zielen unserer staatlichen Schul-erziehung nicht immer decken. So sind die Tugenden der Demut und Zurückenheit, die in Schulen und Kirche so eifrig gepredigt werden, für uns das genaue Gegenteil idealer Erziehungsziele. Die tiefere Ursache dieser auseinandergehenden Bewertung ist leicht zu finden: Die Schule soll Staatsuntertanen, wir wollen freie Menschen heranbilden.

Aus diesem Zwecke heraus erklärt sich die in der Ueberschrift ausgesprochene Forderung nach mehr Rückgrat. Darunter verstehen wir natürlich nicht jene geschwollene Kraftshuerei, die zuweilen bei lange geschundenen und gebrühten Menschen als erklärliche, aber unangenehme Reaktion eintritt, sondern den selbstbewußten Stolz, der sich gegen unzulässige Zumutungen und beleidigende Wertungsfäkung aufbäumt. Um nicht mißverstanden zu werden, knüpfen wir an einige konkrete Erfahrungen an.

Ein Kollege teilt im Auftrage seiner Mitarbeiter mit, daß der Unternehmer sie ganz groß, nicht nur beleidigend, sondern direkt unanständig beschimpft hat. Das soll im Verbandsorgan öffentlich getadelt werden. Auf die Anfrage, was denn die Kollegen selbst getan haben, um den Unternehmer zurechtzuweisen, lautet die Antwort: Nichts! Das war ja m. e. r. l. i. c. h. Selbstverständlich sollten die Beschimpften nicht etwa wieder schimpfen. Sie sollten auch nicht einen allgemeinen Streik proklamieren. Aber sie hatten die Pflicht, sich eine solche Behandlung energig zu verbitten. Galt das nichts, dann blies immer noch der Weg in die Offenständigkeit.

„Der Meister B. hat eine sehr lose Hand. Es gibt nicht viel Arbeiter in seiner Abteilung, die von ihm nicht schon Kopfstöße erhalten haben“, heißt es in einem dem Verbandsorgan zur Veröffentlichung übermittelten Bericht. „Die Behauptung über den Meister ist entweder ungeheuer übertrieben oder in der Abteilung arbeiten lauter Jammerlappen“, hieß es in der Antwort. Und mit Recht. Wohin soll es denn führen, wenn Arbeiter im Betriebe sich wie Schafe prägen lassen und hinterher ihren Jammer in die Welt greifen? Es ist nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Arbeiter, körperliche Mißhandlungen sofort und mit allen erzielbaren Mitteln abzuwehren. Dabei ist es durchaus zulässig, daß der Arbeiter ein etwaiges Mißtrauen an Körperkraft durch Zufühnen eines geeigneten Gegenstandes auszugleichen sucht. Allerdings wird die Abwehr mitterlicher Mißhandlungen fast immer den Verlust der Arbeitsruhe im Gefolge haben. Aber es ist schließlich doch der Arbeiter



Arbeiter herbeizuführen, wurde leider nur in sehr geringem Grade erreicht. Viele der Herren Beamten und Vorgesetzten fühlen sich allem Anschein nach als unverantwortliche Herrscher über die Arbeiter und als solche über jede öffentliche Kritik erhaben. Deshalb mußten die Arbeiter ihre letzte Hoffnung auf Befestigung der Wirtschaft und Segnung ihrer schlechten Lage auf die Landtagsverhandlungen und in die Einsicht der Regierung setzen. Wohl hat es an schönen Reden von Seiten der Regierung nicht gefehlt. Die in den eingereichten Petitionen niedergelegten Wünsche und Beschwerden der Arbeiter sollen einer „wohlwollenden Prüfung“ unterzogen werden. Als einziges greifbares Ergebnis der Landtagsverhandlungen ist außer der Einkübelung der Petition an die Regierung zur Würdigung eine allgemeine Erhöhung der Schichtlöhne um 20 % zu buchen. Von dieser Lohnerhöhung sollen aber scheinbar nur die Arbeiter getroffen werden, die ausschließlich in Schichtlohn arbeiten. Für die Akkordarbeiter gibt es statt Aufbesserung eine Reduzierung der Löhne. — In der G e r e i e der Ruitpoldhütte wurde vor kurzem ein neuer Vorarbeiter angestellt. Dieser hat den Formern im Falle der Arbeit zu helfen. Für diese vom Vorarbeiter zu leistende Hilfe wollte man, entgegen der Werksordnung, neun Formeln, ohne ihnen vorher auch nur eine Mitteilung zu machen, je 15 M. und einem Formern 20 M. vom verdienten Monatslohn in Abzug bringen. Das ist ein Vorgehen, das wohl einzig dastehen dürfte. Erst auf eingereichte Beschwerde wurde den Leuten ihr ganzer verdienter Lohn ausbezahlt, aber nicht weil man die Ungerechtigkeit des Abzuges eingesehen hat, sondern weil ihnen der Abzug nicht bei Beginn des Monats bekannt gemacht wurde. Für die Folge sollen an den einzelnen Stellen ganz bedeutende Abzüge gemacht werden. Nach einem Ausspruch des höchsten Beamten sollen für Arbeiter, die früher mit 50 M. bezahlt wurden, in Zukunft nur noch 40 M. bezahlt werden. Einem Formern wurde der Lohn für ein Stück von 10 auf 8 M. reduziert. Daß die Lohnverhältnisse sich verschlechtert haben, beweist der Umstand, daß die Formern im Monat November durchschnittlich 30 bis 50 M. weniger verdienten als im Oktober. Die G u b e r n e haben im Frühjahr ebenfalls Abzüge über sich ergehen lassen müssen. Sie erzielten bis Ende Oktober einen Durchschnittsverdienst von 4,50 bis 4,80 M., im Monat November nur 3,84 M. Auf ihre Beschwerde erhielt dann jeder für jede Schicht 36 % zugelegt, mit dem Bemerkten, daß wieder abgezogen wird, wenn über 4,50 M. verdient wird. Aber nur eine bloße Ahnung von den Gefühlen der Arbeiter hat, wird zugegeben werden, daß man durch die Einführung eines solchen Systems die Zufriedenheit nicht fördert; aber auch die Rentabilität der Staatsbetriebe kann mit solchen Praktiken nicht gehoben werden. — Wird ein Arbeiter infolge der Umstände von einem andern Staatsbetriebe hierherverfetzt, so hat er damit auch eine Schmälerung seines Einkommens zu befürchten, obwohl ihm beim Abgang aus dem bisherigen Werk der gleiche Lohn versprochen wird. — Die Extrabehaltung für geleistete W e r k e n und P a c t a r b e i t ist nicht in der Werksordnung vorgesehen, man versucht sich aber davon zu drücken, wo es geht. Vor einigen Wochen mußte ein Arbeiter vom Freitag früh 6 Uhr bis Samstag mittag 11 Uhr, also 2 1/2 Schichten, ununterbrochen arbeiten, die Entschädigung verweigerte man ihm aber zunächst. Erst als der betreffende Abteilungsmeister durch andere erfuhr, daß sich der Arbeiter bei der vorgelegten Behörde beschweren will, wollte er ihn mit 25 Prozent abfinden, obwohl Nacharbeit in Frage kommt, für die laut Werksordnung 50 Prozent mehr bezahlt werden muß. Die Strafen für Zuspätkommen sind außerordentlich hoch und mit den verdienten Löhnen nicht in Einklang zu bringen. Auf der andern Seite müssen die Formern oft Einklage der Einrichtungen bis abends 8 Uhr und noch länger arbeiten. Wenn man nun schon glaubt, alle Unordnung mit Strafen belegen zu müssen, warum geht man dann selbst nicht mit gutem Beispiel voran? Die V e r e c h n u n g der L ö h n e erfolgt manchmal noch in sehr mangelhafter Weise, auch hier wäre etwas mehr Ordnung am Platze. — Die W e h a n d l u n g der Arbeiter durch einzelne Ingenieure und Wertmeister läßt trotz der Ministerbesprechungen noch immer sehr viel zu wünschen übrig. Bei den geringsten Beschwerden kann man die Worte hören: „Schwerer Sie hinaus!“ Schimpfwörter sind nichts seltenes in diesem Musterbetrieb. — Aus den Ministerreden konnte man die Lage vernehmen, daß die Staatswerke zum großen Teil deshalb so unrentabel waren, weil nicht genügend tüchtige gelernte Arbeiter beschafft werden konnten. Schaffe man die bestehenden Mängel ab und gebe man den Arbeitern ordentliche Löhne, dann wird sich auch leicht ein Stamm von guten Arbeitern erhalten lassen, und dadurch wird dann die bessere Rentabilität der Staatsbetriebe von selbst kommen.

**Gustavsburg.** „Uebung macht den Meister“ — so denkt man im Direktorium und in den Lohnbüros auf dem Werke Gustavsburg. Die Arbeiter in diesem Institut für Verzehr von Menschenmaß sollen sich schon frühzeitig im „Sparen“ üben. In der Einschränkung mit Wasmitteln und in der Einschränkung des Gewerks von Lebensmitteln sollen die Arbeiter des Werkes trainiert werden nach allen Regeln der Kunst. Es ist nämlich auf dem Werke „verpflicht“ worden, daß die in die Weihnachtswoche fallenden zwei Feiertage den Arbeitern schon jetzt vor den Feiertagen am Lohn in Abzug gebracht werden. Die Maßnahme macht einem Finanzhieb alle Ehre. Einige Tage Zinsgewinn sind bei der vorzeitigen Einkahlung, verteilt auf zwei volle Wochen, nicht zu verachten. Jedenfalls sind die Herren des Werkes bemüht, die Arbeiter vor den „Verlustungen“ der bösen Welt zu „schützen“, so gut es nur geht. Damit die Arbeiter über Weihnachten nicht zu ädlig werden und in der Zeit der Feuerung ihrer Gesundheit an der „gefüllten Komposthaufen“ keinen Schaden zufügen, hebt man ihnen das Geld aus bis nach den Feiertagen. Damit auch der „Gewinn“ aus den zahlreichen Lieberstunden die Leute nicht allzu sehr bebrütet, mühen sich die Meister des Werkes ab und beschneiden die Akkordlöhne. Und das geht auf der „Kett“ famos. Wenn die Schiffe stillhalten, ist immer gut fahren. Weiße Kattschläge hat gar mancher wohlbesahlte „sehr erfahrene“ Herr bei der Hand. Ein Herr mit leuchtendem Anblick gab über teure Betten und geringen Lohn klagenden Arbeitern die runde und nette Antwort: „Sitzt Kommissärs, wenn's Geld zum Feiern nicht langt.“ Ein Frachtkerl, nicht wahr? Der Mann der weißen Kattschläge hat aber keine Sorge, daß ihm etwa die Arbeiter die verbiente Antwort geben, er kennt seine Pappenheimer. Oder hat es der Mann am Ende gut gemeint, wollte nur vielleicht dahin wirken, daß all denen, die blind sind, auf diese Weise der Star gestochen wird? Wer kann es wissen? Leicht ist's nicht, das zu glauben, denn solchen müssen die Arbeiter dort wie wollezogene Gumbe. Widerspreche gibt es nicht, und wer den Lieberstunden fernbleiben möchte, der muß sich gnädigst Urlaub erhitzen und wird dann noch obendrein mit besonderer Sorgfalt unter die Lupe genommen. So wird auf der „Kett“ die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit „gelaßt“. Den Arbeitern wird systematisch jede freie Willensbestimmung geraubt und die bürgerliche Freiheit genommen. Wann werden die Sklaven erwachen?!

**Jena.** Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 11. Dezember ihre Generalversammlung ab, in der der Bevollmächtigte, Kollege M a t t h e s, den Tätigkeitsbericht für das Jahr 1912 erstellte. Aus dem Bericht geht hervor, daß das zu Ende gehende Jahr für die Verwaltung recht arbeitsreich war und daß die Organisation in jeder Beziehung Fortschritte gemacht hat. Einen Beitrag zur Fortwärtseentwicklung der Verwaltungsstelle liefert die Mitgliederbewegung, da die Zahl der Mitglieder, die am Schluß des vergangenen Jahres 1788 betrug, in diesem Jahre das zweite Tausend überschritten wird. Auch die Kassenverhältnisse lassen das selbe erfreuliche Bild erkennen. Zur Betreibung der Agitation, zur Durchführung von Lohnbewegungen und aus anderen Anlässen waren im ganzen 260 Versammlungen und Sitzungen notwendig. Eine Statistik, die wir über die Beteiligung unserer Kollegen an der diesjährigen Kampfer aufnahmen, ergab, daß 554 Kollegen diese Feier durch Arbeitsruhe begingen. Mit Unternehmern hatte die Verwaltung aus verschiednen Anlässen zehnmal zu verhandeln, wobei zum größten Teil ein Erfolg zu verzeichnen war. Prozesse hatten wir aus dem gewerkschaftlichen Arbeitsverhältnis heraus drei zu führen, die alle mit der Verurteilung der beklagten Firmen endeten. Schon aus dieser Tatsache allein dürfte der Wert der Organisation zu erkennen sein, da diese nicht nur den Rechtsschutz gewährt, sondern auch die Vertretung der Klagen über-

nahm. Auch zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen unserer Kollegen hatten wir in einer Reihe von Vertrieben Stellung zu nehmen. In einigen Fällen ist es gelungen, Verbesserungen durchzuführen. Wo es nicht gelang, fällt der Mißerfolg auf das Konto der Kollegen selbst, was vornehmlich auf die Kollegen im Eisenwerk zutrifft. Leider gehört auch die Firma Zeiß zu den Vertrieben, wo die Klagen der Arbeiter über niedrige Löhne und Akkordarbeit kein Ende nehmen. Wir wollen es unterlassen, auf Einzelheiten näher einzugehen. Erwähnen müssen wir aber die horrenden Abzüge in der Optik, die die größte Erbitterung bei einer großen Zahl von Arbeitern hervorgerufen muß. Die Geschäftsleitung dieser Firma wird gut tun, wenn sie den Abteilungsmeistern, die es angeht, ganz energisch Einsicht gebietet. Andernfalls müßte man annehmen, daß die Geschäftsleitung mit den Abzügen durch die Meister einverstanden ist; sie hat aber bestimmt damit zu rechnen, daß die Gehälter der Arbeiter unter diesen Umständen einmal zu Ende geht. Am unzufriedensten sind die Arbeiter in dem Betriebe der Firma G. L. S c h e i t r u m p f. Der überaus große Arbeiterwechsel beweist auch, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse bei dieser Firma geradezu als schlecht zu bezeichnen sind. Von einer Anzahl Kollegen, die dem Betrieb inolider den Rücken kehren, wird uns berichtet, daß sie bei vielen Akkordarbeiten nicht einmal ihren Stundenlohn erreichen können. In diesen Beispielen wies der Kollege M a t t h e s noch, daß auch in Jena die Organisation noch nichtig zu arbeiten habe, und daß Einigkeit und Geschlossenheit die Vorbedingungen zu erfolgreicher Arbeit sind. Eine Diskussion wurde über den mit großem Beifall aufgenommenen Bericht nicht beliebt. Da die Versammlung keine weiteren Vorschläge zur Neuwahl der Ortsverwaltung machte, so wurde über die Vorschläge der Vertrauensleute per Akklamation abgestimmt. Es wurden danach einstimmig gewählt: als erster Bevollmächtigter und Kassierer Kollege M a t t h e s, als zweiter Bevollmächtigter Kollege W ö h m, als Revisor oder Kassierer die Kollegen S c h e i l m a n n, P i r c h n e r, G a r t m a n n, P e t e r s und E n g e l a. Die Versammlung nahm hierauf noch Stellung zur Weihnachtsgeldunterstützung für arbeitslose Kollegen. Beschlossen wurde, den Satz für Arbeitslose in diesem Jahre wegen der Feuerung zu erhöhen. Es sollen danach erhalten: verheiratete Arbeitslose anstatt 10 M. 20 M. und ledige Arbeitslose anstatt 6 M. 12 M. Die Kollegen, die sich am Weihnachtsabend als auf der Reise in Jena melben, sollen wie bisher 2 M. als Extrazustützung bekommen. Mit einem warmen Appell an die Versammlung, auch im neuen Jahre tatkräftig an dem Ausbau der Organisation mitzuwirken, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

**Leipzig.** (Die Folgen der Gründung von Werkvereinen.) Aus welchen Gründen die Unternehmer Werbetriebe ins Leben rufen, dafür liefert die Firma K a r l K r a u s e ein anschauliches Beispiel. Diese Firma gründete vor etwa Jahresfrist einen solchen Verein „zufriedener und genügsamer Arbeiter“, der es nun — wie in einer Metallarbeiter-Versammlung vom Kollegen W i e m e r dargelegt wurde — zu einer allgemeinen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Karl Krause gebracht hat. Die schöne Rede von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit hat sich für die Firma vorzüglich bewährt; sie kann jetzt nämlich in aller Seelenruhe, „unbelästigt“ von „unzufriedenen Arbeitern“, die Löhne kürzen und sonstige Verschlechterungen aller Art einführen. Sie kann sich also Dinge erlauben, die bei einer starken Organisation der Arbeiter schwer möglich wären. Und sie übt sich in diesen Taten allen schönen Reden zum Trotz, die sie durch ihre Handlungen den hoffnungsvolleren Arbeitern halten ließ. Besonders der Chemiker K e i n i n g e r sprach von solchen Taten über. In der rauhen Wirklichkeit war es jedoch bald anders. Als die Firma sich sicher fühlte, die Arbeiter genügend eingekesselt zu haben, ging es mit den Abzügen und sonstigen Schikanen los. In dem F o h l g u b s o l l t e n immer die Arbeiter die Schuld haben, auch dann, wenn das verbotene Material des Herrn Keininger — nämlich viel Essensspäne, allerhand Blechschrapen und sogar Hammerflügel — verwendet werden mußte. Daß aus solchem Material kein guter Gub hergestellt werden sollte — wie der Referent betonte — schließlich doch auch ein Chemiker wissen. Bei der Bezahlung solchen Ausschubgubes kommt es dann gewöhnlich zu Differenzen, da die „Schuldfrage“ fast immer zugunsten der Arbeiter und zugunsten der Firma ausfällt. Dazu kommen sogenannte „Preisveränderungen“. Die Firma billigt, statt 1 M. gibt es nur noch 70 % für ein Stück, für eine andere Arbeit statt 1,40 M. nur noch 80 %, für eine dritte statt 1,25 M. nur 75 % und so fort. Und als die Formern diese Arbeiten zu den folgermaßen bis um 40 Prozent gekürzten Löhnen nicht ausführen wollten, wurden drei Mann kurzerhand entlassen. Hat die Firma etwa die Absicht, den durch das vorerwähnte Material des ebeno vortrefflichen Herrn Keininger ihr entstehenden Schaden an den Arbeitern wieder einzutreiben? Hat sich doch der D u r c h s c h n i t t s l o h n der betreffenden Arbeiter um etwa 7 M. pro Woche verringert. Ein Plattenformier erhielt zum Beispiel in 11 Tagen 14 M. Lohn, trotzdem ihm 35 M. wöchentlich versprochen worden waren: Der Lohn der P e r n m a c h e r ist nach einer Schicht 3 1/2 % für die Stunde geringer als in anderen Betrieben. Dabei arbeiten die Krausinger Kermmacher noch in Akkord, in dem doch der Verdienst etwas höher sein soll als im Lohn. Auch in der Abteilung S o b e l e i ist der Verdienst um 5 bis 10 M. in 14 Tagen gesunken. Auch soll die Verhandlung durch den einen Meister eine schlechte sein. In der F r ä s e r e i verdient ein Arbeiter pro Tag 2 M. Bei einer andern Arbeit, für die es pro Stück 9 % gab, trat ein Mangel ein, so daß er in 1 1/2 Tag nur zwei Stück anfertigen konnte; er hatte also ganze 18 % in 1 1/2 Tag verdient. Mehr konnte er auch nicht erhalten. Obendrein wurde er noch entlassen, als er krank wurde. In der Abteilung W o h r e r e i ist eine neue Maschine aufgestellt, auch sind neue Bohrer angeschafft worden. Die Kosten dafür mußten natürlich wieder den Arbeitern aufgebürdet werden. Der Verdienst ist jetzt etwa 7 M. für die Woche weniger. Abzüge wurden gemacht für verschiedene Arbeiten

von 36 auf 30 %	
= 110 = 90 =	= 43 = 39 =
= 120 = 135 =	= 40 = 32 =
= 64 = 55 =	= 45 = 40 =
= 50 = 40 =	= 40 = 34 =
= 53 = 45 =	= 60 = 54 =
	= 59 = 45 =

Dabei sagte ein Meister — M i t t e n z w e i ist sein Name — zu den Arbeitern: „Seien Sie froh, daß Sie 3 M. verdienen!“ Ein anderer Meister — G e i n e c k e — erklärte: „Wenn Sie 3.50 M. verdienen, das ist doch genug!“ — Das sind so die Ausdrücke dieser Herren Anreißer, wenn die Arbeiter mit ihrem Lohn nicht auskommen. In der D r e h e r e i sind Lohnabzüge bis zu 50 Prozent gemacht worden; dafür dürfen die Dreher an zwei Wänden arbeiten. In der S c h m i e d e r e i sind Lohnabzüge an der Tagesordnung, so daß, wenn die Schmelde erpfindlich bleiben wollen, ihre Arbeitskraft übermenschlich anstrengen müssen. Das alles seien Folgen der Gründung des Werkvereins, betonte der Referent. Die betreffenden Arbeiter hätten sich ihrer Rechte begeben und seien nun die Früchte ihrer Schwachmütigkeit in Maßregelungen ihrer Arbeitskollegen. Der anwesende Vorsitzende des Werkvereins fand nicht den Mut, den Ausführungen Wiemers entgegenzutreten. Schließlich hat auch er immerhin angegeben müssen, daß das Vorgehen alles „grünlich“ des Werkvereins sei. Mit einem Appell an die Versammlung, sich reger als bisher an der Agitationsarbeit für Gewerkschaft und Partei zu betätigen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Ludwigsburg.** Am Freitag dem 13. Dezember fand im Saalbau von Glau eine von den Vereinten Gewerkschaften und dem Deutschen Metallarbeiter-Verein einberufene öffentliche Versammlung statt, die außerordentlich gut besucht war. Das Thema lautete: Die Vorgänge in der Ludwigsburger Metallindustrie und der Streik bei der Firma Wagner & Kellner sowie bei der Firma Sanitaria. Kollege G a n z führte aus: Die Firma Sanitaria habe vor einigen Jahren ihren Betrieb von Feuerbach nach Ludwigsburg verlegt, wahrscheinlich in der Absicht, billiger

Arbeitskräfte zu erhalten. Einige Zeit nach dieser Aenderung trat auch Herr Z e u s e l (Zutlingen) in die Firma als Teilhaber ein und brachte 24 Arbeiter von Zutlingen mit. Von diesen seien jetzt allerdings nur noch drei Arbeiter im Betrieb, was darauf schließen lasse, daß die Verhältnisse in Ludwigsburg schlechter seien als in Zutlingen. Tatsächlich ist dies auch der Fall. Am 1. November 1911 ist mit der Firma Sanitaria und dem Deutschen Metallarbeiter-Verein ein Tarif abgeschlossen worden, der aber schon am 21. November von der Firma durchbrochen wurde. Ein großer Wechsel der Arbeiter sei in diesem Betrieb stets vorhanden gewesen. Wie rückständig die Firma schon vor einem Jahr vorging, bewies der Referent an einem Beispiel, wonach am 20. November 1911 ein Arbeiter entlassen wurde, der krank war und im Schulungsheim sich befunden hat. Der Terrorismus des Herrn Z e u s e l kenne keine Grenzen, das sei durch die Entlassenen bewiesen. Auch das Luriose Verhalten des Herrn Zeusel vor dem Gewerbegericht werfe einen Schatten auf diesen „demokratischen“ Herrn. Er kenne von den Arbeitern nur Wünsche, aber keine Rechte. Durch seine Mächtighaltung des Tarifes und die Ausübung des Terrorismus sei den Arbeitern nichts anderes übrig geblieben, als in den Zustand zu treten. Mit 28 Schülern, drei Meistern und einigen Arbeitswilligen versuche die Firma, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Auch Herr Zeusel gebe sich die ernstlichste Mühe, an den Streifen seine Arbeitskraft zu erproben. Das größte Augenmerk, Arbeitskräfte zu erhalten, werde jetzt nach auswärts gerichtet. Bis jetzt seien allerdings Arbeitswillige nicht gekommen. Bei der Firma Wagner & Kellner seien die Arbeiter wegen Maßregelung des Vertrauensmannes im Streik. Arbeiter, die 24 Jahre und noch länger im Betrieb seien, haben die Arbeit niedergelegt, um diesen Kollegen zu schützen, der nichts getan habe, als das Reaktionsrecht für sich und seine Nebenarbeiter in Anspruch zu nehmen. Das werfe ein eigenartiges Licht auf diese demokratischen Herren, die jede freie Meinung der Arbeiter zu unterdrücken versuchen. Wenn der Meister S e l b m a i e r gesagt habe, daß durch die „Verbandsduffel“ die Arbeiter in ihrer Arbeitsfähigkeit nachgelassen haben, so sollte für beratige Begehauptungen zuerst der Beweis erbracht werden. Bei der Auszahlung des Lohnes seien Arbeiter, die schon 16 Jahre und länger in dem Betrieb waren, von Feldmaier als „Kerle“ tituliert worden. So werden alte Arbeiter von einem Manne behandelt, der früher auch nichts anderes gewesen sei als Arbeiter. Auch dieser Firma sei kein Mittel zu schlecht, gegen die Arbeiter vorzugehen. Das beweise folgendes: Ein Arbeiter, der 16 Jahre im Betrieb beschäftigt gewesen sei, habe sich mit seinen Arbeitskollegen solidarisch erklärt. Darauf sei dessen 68jähriger Vater, der neun Jahre im Betrieb war und keiner Organisation angehört, sofort entlassen worden. Ein anderer Arbeiter, der bald zwei Jahrzehnte im Betrieb war, sollte Streikarbeit verrichten. Als er dieses nicht tat, wurde er sofort entlassen. Mit allen Mitteln werde gegen die Streikenden gekämpft, um denselben ihr gesellschaftliches Recht zu rauben. Auch die Polizei stelle sich vollständig auf die Seite der Unternehmer, was an einem Beispiel gezeigt wurde. Aber auch andere Personen müssen hier mitwirken, die Arbeiter zu unterdrücken. Als ein streikender Arbeiter, der schon seit 20. Oktober an einem Rosenleiden erkrankt war, zu Herrn Dr. Esenstädt kam und sich krankmelden wollte, wurde ihm von diesem erklärt, er könne ihn nicht krankmelden, indem die Firma Wagner & Kellner ohnedies einen großen Schaden habe. (In diesem Betrieb ist noch eine Betriebskrankenkasse.) Der Referent forderte die Anwesenden auf, die Kämpfenden in jeder Weise zu unterstützen. Die Organisation sei es nicht gewesen, die den Kampf haben wollte, auch sei diese bereit, jeden Tag Frieden mit den Firmen zu schließen, aber nicht unter jeder Bedingung. Die Rechte der Arbeiter müßten unter allen Umständen gewahrt werden. In der Diskussion erklärte Vorstandsmittglied R e i c h e l vom Deutschen Metallarbeiter-Verein, daß der Gesamtvorstand den Kämpfenden ein lebhaftes Interesse entgegenbringe und daß sie im Kampf ausharren sollen, damit auch in Ludwigsburg geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können. Es sei kein Lohnkampf, sondern ein Kampf um Anerkennung demokratischer Forderungen und Rechte. Genosse R u g e b a u e r beleuchtete die „Arbeiterfreundlichkeit“ einiger volksparteilicher Unternehmer. Reichstags- und Landtagsabgeordneter R e i c h e l betonte, dieser wirtschaftliche Kampf müsse der Ludwigsburger Arbeiterchaft die Augen öffnen, dies sei bis zu einem gewissen Grade auch schon geschehen, denn er habe noch nie eine so stark besuchte Versammlung in Ludwigsburg gesehen wie diese. Nach einem Schlußwort des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Arbeiterchaft von Ludwigsburg und Umgebung nimmt in der von 450 Personen besuchten öffentlichen Versammlung am 13. Dezember 1912 Kenntnis von den Maßregelungen bei den Firmen Sanitaria und Wagner & Kellner, durch die jahrelang beschäftigte Arbeiter einige Tage vor Weihnachten aufs Pfahler gezwungen wurden wegen ihrer Tätigkeit im Deutschen Metallarbeiter-Verein. Die Arbeiterchaft tadelt sich diese Maßregelungen, sowie die Durchbrechungen des Tarifs bei der Firma Sanitaria nicht gefallen lassen, so daß keine andere Möglichkeit übrig bleibt, als die Arbeit einzustellen. Die Versammelten sprechen den Streikenden ihre volle Sympathie aus und verpflichten sich, alles zu tun, um den kämpfenden Arbeitern und Arbeiterinnen ihre Rechte wahr zu helfen. Ferner verpflichten sich die Versammelten, unermüdet für die Stärkung der freien Gewerkschaften besorgt zu sein, denn nur eine geschlossene und starke Organisation der Arbeiter ist in der Lage, die Interessen der Arbeiterchaft zu wahren.

**Hilffelsheim.** In Nr. 47 berichteten wir kurz über das Resultat der Lohnbewegung bei der Firma W d a m D p e l (Fahrer- und Motorenfabrik). Wie lassen nun den ganzen Arbeitstaktvertrag folgen, der zwischen der Firma und den im Betrieb beschäftigten Arbeitern — ausschließlich der zurzeit in einem besonderen Vertragsverhältnis stehenden Frachgruppen — vertreten durch den Deutschen Metallarbeiter-Verein, abgeschlossen wurde. Er lautet: 1. Die w ö c h e n t l i c h e A r b e i t s z e i t beträgt 5 1/2 Stunden. Sie beginnt morgens 6 1/2 Uhr und endet abends 6 Uhr. In dieser Arbeitszeit liegt von 8 bis 8 1/2 Uhr Frühstücks-, von 12 bis 1 1/2 Uhr Mittags- und von 4 bis 4 1/2 Uhr Vesperpause. An den Samstagen fällt die Vesperpause aus und erfolgt Arbeitsstillstand nachmittags 4 1/2 Uhr. Alle zurzeit im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten mit Inkrafttreten der Arbeitszeitverkürzung eine L o h n z u l a g e von 3 % pro Stunde. Insofern bei einzelnen Arbeitern oder Arbeiterinnen mit dieser Lohnerhöhung von 3 % pro Stunde die in nachstehenden Satzungen für ihre Gruppe vorgezeichneten Mindestsätze nach Nummer 3 der Vereinbarung nicht erreicht werden, erhöht sich der Lohnzuschlag um den dazu erforderlichen Betrag. Für die Arbeiter der gelernten Berufe (Schlosser, Dreher etc.) aus den Abteilungen, in denen ausschließlich oder überwiegend in Lohn gearbeitet wird (Werkzeugmacherei etc.), werden mit Inkrafttreten dieser Vereinbarungen die Stundenlöhne einzeln noch gesondert geprüft und dieselben außer mit der allgemein bemessenen Erhöhung der Stundenlohnätze noch mit einer den einzelnen Fällen angepassten weiteren L o h n z u l a g e bedacht. Soweit nicht vorher eine entsprechende Zulage erfolgt ist, findet j ä h r l i c h e n a m 1. April 1914 für alle länger als drei Monate im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung statt. Dieselbe richtet sich je nach Stellung der Person, muß aber mindestens 2 % pro Stunde betragen. Jede neue Festsetzung des Stundenlohnes wird auf der Lohnliste mitgeteilt und fortlaufend bemerkt. — 2. U e b e r s t u n d e n sollen nur in dringenden Fällen angeordnet werden. Es erhalten alle Lohn- und Akkordarbeiter mit Stundenlöhnen unter 48 % pro Ueberstunde 10 %, mit 48 % und höheren Stundenlöhnen 12 % Z u s c h l a g. — 3. Für alle Arbeiter der Fabrik werden Anfangsstundenlöhne festgesetzt. Dieselben lehnen sich an bestimmte A r b e i t s g r u p p e n an, die zum Teil im Alter der Personen und je nach den besonderen von ihnen geleisteten Arbeitsverrichtungen ihre Begrenzung erfahren. G r u p p e A. Im Betrieb gelebte Arbeiter aller Branchen erhalten nach dembeider Gehälter nicht unter 36 % pro Stunde. Mit Vollendung des 19. Lebensjahres werden diese Arbeiter bezüglich Bemessung der Stundenlohnätze in ihre Frachgruppen B, C oder D eingereiht. G r u p p e B. Ueber 19 Jahre alte oder neuereitretende Schlosser, Schmiede (Einzelheiten bei den

Schlechten, ebenso bei den Schleiern regeln sich nach den Sonderbestimmungen), Dreher und verwandte Berufe, die eine ordnungsmäßige Bezahlung erhalten haben, erhalten in einem Alter bis zu 21 Jahren nicht unter 42 S. pro Stunde; im Alter von über 21 Jahren nicht unter 44 S. pro Stunde. Letztere, in der jeweiligen Spezialbranche bereits eingearbeitete Personen obigen Berufes erhalten einen höheren, gleich dem seit längerer Zeit in der Abteilung beschäftigten Arbeiter angepaßten Anfangslohn. Bereits für die Branche gelübten Arbeiter, die für die in Ziff. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

**Saarbrücken.** Am Dienstag dem 17. Dezember legte die Nachschicht der Drahtzieher des Eisenwerks in St. Ingbert erneut die Arbeit nieder. Veranlassung war, daß bei verschiedenen Arbeitern Unwohlsein vorkam in der Höhe von 10 bis 30 A. Dr. erst, wie in Nr. 51 berichtet, die Arbeiter einen Abzug abwehrten, waren diese über den neuen Abzug sehr empört, um so mehr, als es den Anschein hatte, daß die Fir. a ihr bei den letzten Verhandlungen gegebenes Wort nicht halten würde und die Arbeiter die Auffassung hatten, daß es sich um Abzüge handle. Wir müssen aber auch an dieser Stelle darauf hinweisen, daß es in Zukunft unter allen Umständen unterbleiben muß, ohne vorherige Verständigung mit der Organisationsleitung herabsetzende Schritte zu unternehmen. An Stelle des erkrankten Kollegen Bosomé war Kollege Braunerreuther (Diebenhofen) anwesend und leitete die Bewegung. Die Situation war insofern sehr ernst, weil die Kollegen sofort die Arbeit niederlegten und dadurch den Verbindungsweg abgeschnitten hatten, wodurch auch die letzten mit der Firma getroffenen Abmachungen in Frage gestellt wurden. Die Direktion lehnte auch jede Verhandlung ab; eine Kommission, die abends noch vorstelltig geworden war, wurde ebenfalls abgewiesen. Durch Verhandlung der Bedröhte und Vermittlungen des Herrn Gewerheraus Dr. Köhlinger gelang es aber doch, die Sache wieder für die Arbeiter ins richtige Geleise zu bringen, so daß am Donnerstag nachmittag die Differenzen wieder beigelegt waren. Alle Arbeiter können wieder anfangen, die Streitpunkte sollen untersucht werden und dort, wo Rechtfertigung vorliegt, soll den Arbeitern das fehlende Geld nachbezahlt werden. Die Firma bestreitet, Abzüge gemacht zu haben, wenn Differenzen im Lohn vorkamen, so sei es darauf zurückzuführen, daß auch drei Schichten weniger als im vorigen Monat gearbeitet worden ist. Es wurde aber festgestellt, daß trotz der drei Schichten weniger immer noch Differenzen im Lohn bei verschiedenen Arbeitern vorliegen. Daß die Firma ihre bei den letzten Verhandlungen gemachten Versprechungen nicht gehalten haben soll, wird ebenfalls bestritten, da ja diese Abmachungen erst vom 1. Dezember an gelten und diese Abrechnung die vom November gewesen sei. Auf eines möchten wir aber hinweisen. Wir sind der Auffassung, daß diese Bewegung nicht fahrlässig hätte, wenn den Arbeitern von vornherein die notwendige Aufklärung gegeben worden wäre. Offenbar wird diese Angelegenheit nun zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt. Bei der nächsten Abrechnung wird es sich dann zeigen, ob die Firma die Abmachungen hält. Den beteiligten Kollegen möchten wir aber anraten, nun jetzt auf dem Damm zu sein und, wenn irgend welche Differenzen eintreten sollten, sich unbedingt erst mit ihrer Organisationsleitung zu verständigen. Auch müssen sie für den Ausbau der Organisationsleitung sorgen, indem sie auch die übrigen Arbeiter des Eisenwerks der Organisation zuführen.

aus den 8000 Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins zu erkennen? Hat denn bei dem Vorwärtsredakteur, der die Lügenhaftigkeit der aufgestellten Behauptung selber erkennen konnte?

**Gewerkschaftliches.**  
**Bauarbeiter.** Der Deutsche Bauarbeiter-Verband wird in der Mitte des Januar in Jena einen Verbandstag abhalten. Dieser ist notwendig wegen der Stellungnahme zum Ablauf der vielen Tarifverträge am 31. März nächsten Jahres. Für 300 000 bis 350 000 baugewerbliche Arbeiter müssen die Lohn- und Arbeitsbedingungen aufs neue geregelt werden. Einzelheiten darüber, wie dies geschehen muß, lassen sich natürlich jetzt noch nicht öffentlich festlegen. Sicher ist, daß die Arbeiter einen Kampf nicht provozieren werden, ebenso sicher ist aber auch, daß sie für die außerordentliche Verteuerung der Lebensmittel, die seit dem letzten Vertragsabschluss stattgefunden hat, eine entsprechende Lohnhöhung fordern müssen, weil ohne sie eine starke Verschlechterung der Lebenshaltung der Bauarbeiter stattfinden würde. Auch wird sich ein Lohnausgleich für zurückgebliebene Gebiete sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit in Orten mit zu langer Arbeitszeit nicht umgehen lassen. Es wird ja nur darauf ankommen, ob die Unternehmer in ihrer Mehrheit das nötige soziale Verständnis dafür haben. Große Hoffnungen darf man jedoch nicht hegen, das zeigen schon die Kampfvorbereitungen der Unternehmer. Allerdings sind die in Betracht kommenden Gewerkschaften auch nicht müßig gewesen. Wie mitgeteilt wird, wird der Bauarbeiterverband allein am Ende dieses Jahres rund 12 Millionen Mark Vermögen in seiner Hauptkasse haben, dazu kommen noch mehrere Millionen Mark Lokalfasergelder. Die Zahl der Mitglieder des Verbandes ist auf über 350 000 gestiegen. Diese Summen und die außerordentliche Opferwilligkeit, die die Bauarbeiter in allen bisherigen Kämpfen bewiesen haben, bürgen dafür, daß, wenn es die Unternehmer auch diesmal wieder zu einem Kampfe treiben sollten, die Arbeiter ihren Mann stehen werden. Das scheint auch die Reichsregierung eingesehen zu haben, die, wie wir schon mitteilten, sich diesmal recht frühzeitig eine Vermittlung zwischen den beiden Parteien angeeignet hat, wohl um zu vermeiden, daß dem deutschen Wirtschaftsleben durch einen Kriesenkampf erneut große Schäden geschlagen werden.

Außer der Lohnbewegung hat sich der Verbandstag mit mehreren wichtigen Fragen zu befassen, die der Vorstand des Verbandes den Mitgliedern in den letzten Wochen zur Diskussion vorgelegt hat. Die wichtigste von ihnen ist die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Bis jetzt hatte der Verband schon die Krankenunterstützung. Nach der Vorlage des Vorstandes soll diese Unterstützung beibehalten, daneben aber noch dem Muster anderer Gewerkschaften eine Unterstützung bei Arbeitslosigkeit geschaffen werden. Wegen der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit, die im Januar und Februar im Bauverf. herrscht — die Arbeitslosigkeit beträgt in diesen Monaten 75 Prozent — soll in diesen Monaten vorläufig Arbeitslosenunterstützung nicht gezahlt werden. In den übrigen zehn Monaten soll Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer von acht Wochen gewährt werden. Um die Kampfkraft der Organisation nicht zu schwächen, schlägt der Vorstand gleichzeitig eine Erhöhung der Beiträge vor, die nach seinen Berechnungen in normalen Zeiten zur Deckung der Arbeitslosenunterstützung ausreicht. Wir müssen es uns natürlich vertragen, uns mit den Einzelheiten des Entwurfes zu beschäftigen, ebenso mit den Gründen dafür und dagegen. Nur die eine Bemerkung möge hier noch Platz finden, daß nach unserer Überzeugung der Bauarbeiterverband auch nach Einführung der Erwerbslosenunterstützung seinen Charakter als Kampforganisation ebenso wenig verlieren wird, wie die anderen Gewerkschaften nach der Einführung dieser Unterstützung ihn verloren haben.

Weiter schlägt der Vorstand die Gründung von Jugendabteilungen vor, desgleichen die Gründung einer Unterabteilung für die ehenamtlich tätigen Mitglieder und die Angehörigen. Auch wird der Verbandstag sich mit der Schaffung eines Verbandesrats zu beschäftigen haben.

**Rundschau.**

**Der unbeherrschbare Vorwärts.**  
 An die Redaktion des Vorwärts in Berlin mußte am 18. Dezember 1912 leider folgende Erwiderung geschickt werden:  
 Zur Landtags- und Gemeindevahl in Stuttgart.  
 Die systematische Hez gegen die Beamten im Hauptbureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat nun auch glücklich ihren Weg in den „Vorwärts“ gefunden. Im dem Bericht aus Stuttgart in Nr. 294 vom 17. Dezember 1912 wird gesagt:  
 „Die Landtagswahl in Stuttgart hat auch derartige Erscheinungen gezeigt. Ein Teil der Parteigenossen — so fast sämtliche Beamte des Hauptbureaus der Metallarbeiter — enthielt sich jeder Wahlarbeit, weil ihr die Mehrheit der Kandidaten nicht paßte.“  
 Der Berichterstatter wirft dem Beamten Vernachlässigung ihrer Parteipflichten vor, trotzdem ihm bekannt ist, daß ein großer Teil der Leute, die er damit treffen will, wochenlang vor der Wahl bis zum heiligen Tag jeden Samstag und Sonntag in allen Teilen des Landes Versammlungen abhielt. 15 dieser Genossen haben zusammen zur Landtagswahl 252 Versammlungen abgehalten. Auch am Tage vor der Wahl waren diese Genossen draußen und kamen zum Teil erst am Wahltag vormittags wieder nach Stuttgart zurück, konnten infolgedessen für diesen Tag wohl auch nicht mehr weitere Arbeit übernehmen.  
 Wenn ein Teil der Beamten es ablehnte, am Wahltag selbst noch in Stuttgart mitzuarbeiten, so geschah das nicht, weil ihnen die Mehrheit der Kandidaten nicht paßte, sondern weil sie in Stuttgart in den letzten Jahren systematisch von jeder mitbestimmenden und mitberatenden Parteiarbeit ausgeschlossen werden, in der Presse und in Versammlungen in der ekelhaftesten Weise angegriffen wurden und ihnen die Möglichkeit zur Abwehr nirgends gegeben war. So wurden fast alle Angehörigen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aus den Parteimitgliedern, die sie sich in den einzelnen Bezirken und in städtischen Komitee der Stuttgarter Parteileitung durch ihre Betätigung erworben hatten, absichtlich und systematisch hinausgewählt. Die Angehörigen werden schon seit Jahren — trotz ihrer Zufolge auf an sie gerichtete Anfrage bei Aufstellung der Referentenliste — zu keinem Referat zugelassen, wogegen andere Parteigenossen des sogenannten „linken Flügels“ — um mit dem Berichterstatter zu sprechen — sichtbar vorgezogen werden. Mit Flugblattverbreitung und anderen kleineren Arbeiten befaßt man die Angehörigen des Verbandes, aber offenbar mit der Absicht, ihnen Gelegenheit zur Ablehnung zu geben, um dann eine Handhabe zu haben, sie bloßzustellen.  
 Außerdem ist noch festzustellen, daß ein Teil der Beamten außerhalb Stuttgarts wohnt und dort mit führenden und Ehrenämtern in der Partei betraut ist und ständig für die Partei arbeitet.  
 Im Auftrag der Beamten des Hauptbureaus des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart:  
 Rudi Rastbach, Otto Steimmeyer, Ernst Martensteyn.  
 Es kann jeder Redaktion einmal passieren, daß sie von irgend einem Schwindler hineingelockt wird. Daran sieht man sich in Zukunft aber besser vor. Beim Vorwärts scheint es indessen nicht der Fall zu sein. Für den Vorwärts gibt es in diesem Falle keinerlei Einstufung. In dessen Redaktion weiß man, daß er selbst ein Teil der übrigen Parteipresse schon wiederholt mit ehrenrührerischen und jehobabelhaften Mitteln aus Stuttgart hinausgewählt wurden. Die Erwiderungen über den speziellen Fall der Göttinger Angelegenheit auf dem Chemnitzer Parteitag hätten ihm ein Fingerzeig, eine Warnung sein sollen. Da er aber trotzdem dieser unehrenhaften Schwindler und Verdächtigung seine Spalten öffnet, so geht daraus hervor, daß er nicht imstande ist, aus den Erfahrungen etwas zu lernen. Was würde der Vorwärts wohl dazu sagen, wenn seinen Redakteuren den irgend einen gewissenhaftigen Schmeißer ähnliche Vorwürfe gemacht würden, wie den Beamten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes? Für Kommen es uns sehr gut vorstellen, wie er sich verhalten würde. Der Genosse Fritz Ebert wird einsehen, daß seine Partei dem Vorwärts auf unerschütterlichem Boden gefaßt sind, die er bei Verprechung der Göttinger Angelegenheit auf dem Chemnitzer Parteitag gegenüber den Verdächtigen und Vorwürfen gegen die Parteiführungen anzügte — die Partei.  
 „Das beständige an der ganzen Affäre aber ist, daß einige Parteiführer und Parteimitglieder sich in solcher Weise mißbrachten.“  
 Bedenklich sei nur noch bemerkt: In zahlreichen Notizen aus Stuttgart ist seit zwei Jahren in einem Teil der Parteipresse systematisch der Auffassung, der glänzende Stand und die Schlagfertigkeit der Stuttgarter Parteioffiziere gepriesen und damit zusammengehangen worden. Und nun sollen auf einmal die paar Namen von Metallarbeiterverbandsbeamten davon schuld sein, daß der Wahlerfolg am 16. November hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist! Davon dürfte man sich, die man doch sonst systematisch ausschaltet, nicht

**Aus den Unternehmerverbänden.**  
 Zentralverband deutscher Industrieller. Der Zentralverband deutscher Industrieller hielt am 12. Dezember im Hotel Adlon zu Berlin eine Delegiertenversammlung ab. Außer dem wieder einmal erhöhten Gehalt nach einem Verbot des Streikpostens ist es interessant als Arbeiter von der Tagesordnung hauptsächlich der letzte Punkt: Die W. e. r. v. e. r. s. t. e. n. ihre Entstehung und Bedeutung. Referent: Dr. Guggenheimer, Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A. G. Da der Referent selber nicht hatte kommen können, hatte er sein Referat schriftlich eingeleitet und es wurde vom Geschäftsführer Regierungsrat Schwegler vorgelesen. Neue Gedanken suchen man in diesem Referat jedoch vergebens, wenigstens in den Berichten bürgerlicher Zeitungen, die uns darüber vorliegen. Daß die gelben Wertvereine „die geistige, wirtschaftliche und soziale Gebung im Zusammenwirken mit den Arbeitgebern“ bezwecken, ist eine Behauptung, die durch ihre häufige Wiederholung nicht richtiger wird. Was man auch von vornherein davon absehen, wie weit es den Urhebern dieser Behauptung wirklich ernst damit ist, so zeigt die Erfahrung doch, daß dieses „Programm“ verfehlt ist, so weit es sich um die Rolle der Arbeiterschaft handelt. Durch die Wirksamkeit der gelben Organisationen kann höchstens ein kleiner Teil der Arbeiterschaft Vorteile erlangen und auch dies nur auf Kosten seiner Arbeitskollegen und wenn er sich dem Unternehmern auf Gnade und Ungnade verkauft. Ferner jagte Dr. Guggenheimer, daß die Wertvereine jeden Koalitionszwang verwerfen. Daß diese Behauptung ein grober Schwundel ist, ist schon früher festgestellt worden. (Siehe unsere Notiz „Wir Gelben dürfen terrorisieren“ in Nr. 32 (Seite 259) dieses Jahrganges. Unwahr soll es nach Dr. Guggenheimer weiter sein, daß die Unternehmer die Gründe der gelben Vereine sind. Nun, es mag ja sein, daß teilweise sich wirkliche Arbeiter gefunden haben, die sich nicht schämten, das eigene Recht zu beschützen; an manchen Orten werden bei der „Gründung“ die Arbeiter aber doch nur als Strohmannen fungiert haben, um die Unternehmern nicht lieber ehrlieh genug waren, die Gründung selber in die Hand zu nehmen. Wie stimmt ferner zur Behauptung der Beschäftigung der Nordwestdeutschen Gruppe Eisen- und Stahlindustrieller vom 28. Dezember 1911? Nach dem Protokoll über die an diesem Tage im Parkhotel zu Düsseldorf abgehaltene Sitzung (siehe Metallarbeiter-Zeitung 1912, Nr. 34, Seite 272) wurde der Geschäftsführer beauftragt, ein Normalkat für einen Wertverein auszuarbeiten. Es wird doch kein Mensch glauben, daß dieses Normalkat nicht dazu dienen soll, den Unternehmern etwas in die Hand zu geben, wenn sie unter ihren Arbeitern einen „Wertverein“ ins Leben rufen wollen. Die Hörer mögen bei dieser Stelle des Referats nette Augen geöffnet gemacht haben. Bezüglich des Umfangs, den die gelben Unternehmervereine erlangen haben sollen, gibt der Referent die Zahl von 287 Vereinen mit „rund 180 000 Mitgliedern“ an. Davon wird 134 Vereine mit 95 000 Mitgliedern im Bund deutscher Wertvereine organisiert. Diese runden Mitgliederzahlen sind von vornherein sehr verdächtig und man darf dreist annehmen, daß sie reichlich kräftig nach oben abgerundet sind. Also alles, was der Herr Dr. Guggenheimer referiert zu haben scheint, ist schon recht alt. Wenn wirklich etwas brauchbares neues produziert worden wäre, so hätten die Verächter dieser Angelegenheit mindestens darüber gemunkelt.  
 Natürlich wurde auch diskutiert. Was da geredet wurde, können wir uns schenken. Hervorzuheben wollen wir nur noch einiges aus der Rede des Redaktions- und Landtagsabgeordneten Dr. Arendt. Dieser Herr hat ja wegen seiner Stedenverfälschung schon wiederholt eine komische Rolle gespielt (eines davon war in früheren Jahren der Bismarckianer). Warum soll er sich also nicht auch bei dieser Gelegenheit produzieren? Herr Dr. Arendt meinte, die Landtagsarbeit hätte ihren großen Erfolg, weil sie es verstanden habe, die Arbeitermassen auf dem Lande zu beeinflussen.

Eine Befundung der öffentlichen Zustände könne nur dann erfolgen, wenn es gelänge, die Industriearbeitererschaft politisch zu beeinflussen. Die diese „Beeinflussung“ der Arbeiter auf dem Lande — mit Schnaps und Hungerpeinliche — vor sich geht, davon gibt es — leider — Beispiele genug, und wenn Herr Dr. Krenndt meint, es sei wünschenswert, solche Zustände auch für die Industriearbeiter herbeizuführen (solange sie nicht schon bestehen), so ist es sehr kennzeichnend für ihn. Spähtig ist indessen, daß diesem „Politiker“ immer noch ein recht großes Quantum Weltfremdheit anhaftet. Er meinte nämlich, es sei wünschenswert, wenn „der heutige Gegensatz zwischen Christlichen und nationalen Arbeitern etwas milder würde“. Nun ist zwar bei der letzten Bergarbeiterbewegung der Vorstand des Christlichen Bergarbeitervereins auf „gesunden gelben Gedanken“ erpöckelt worden und man weiß ferner nicht, was noch alles in der letzten Woche schlummert — Tatsache ist, daß gerade die „Christlichen“ Gewerkschaften in den letzten Jahren einen besonders erbitterten Kampf gegen die gelben Organisationen geführt haben, vermutlich, weil sie viele Mitglieder an diese verloren, während die freien Gewerkschaften die gelben Gebilde meistens links liegen ließen. Es ist spähig, daß Herr Dr. Krenndt diesen Umstand so völlig außer acht lassen konnte.

Es kennzeichnet die Sachlage mit großer Klarheit, daß ungefahr zur selben Zeit, wo Herr Dr. Guggenheimer sein Referat ausarbeitete, nämlich am 3. Dezember, in seiner Residenz Augsburg die Gewerbevereinswahl stattfand, und für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einen glänzenden Sieg bedeutete. Von 10 324 abgegebenen Stimmen erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 6519 Stimmen, auf die Christlichen entfielen 1450, auf die Kirch-Dunderschen 942 und auf die Gelben 1413 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erzielten eine Stimmenzunahme gegenüber der letzten Wahl von 1504 Stimmen, die Gelben sind um 884 zurückgegangen. Die freien Gewerkschaften gewannen vier Sitze, die sämtlich den Gelben abgenommen wurden. Es erhielten Freie Gewerkschaften 17 Beisitzer und 10 Ersatzmänner, die Kirch-Dunderschen 2 Beisitzer und einen Ersatzmann, die Christlichen 4 Beisitzer und 2 Ersatzmänner und die Gelben 3 Beisitzer und 2 Ersatzmänner. Der Ausfall der Wahl bedeutet eine vollständige Niederlage des gelben Systems. Die Mitglieder der gelben Vereine haben zum weitesten größten Teile für die Liste der freien Gewerkschaften gestimmt. In der Maschinenfabrik Augsburg, der Hauptstätte der Gelben, deren Verein dort 2600 Mitglieder zählen soll, stimmten von 2487 Wählern 1472 für die freien Gewerkschaften und nur 489 für die gelbe Liste. Man muß dabei bedenken, daß der Generalsekretär v. D. u. z. an der Spitze der Maschinenfabrik große Opfer gebracht hat, um die „gelbe Bewegung“ zu fördern, Opfer, vor denen mancher weniger fanatische und mehr rechtmäßig beanlagte Unternehmer mit Recht zurückzucken wird. Und doch zeigt sich, daß den Arbeitern von den „gelben Prinzipien“ nur bloß wenig in Fleisch und Blut übergegangen ist. Diese Tatsache zeigt ferner, daß höchstens an einigen Orten die gelben Organisationen einen solchen Umfang annehmen können, daß mit ihnen zu rechnen ist, daß ihnen im übrigen aber durch die Natur der Sache ihre Grenzen gezogen sind, über die sie trotz aller Förderung von oben herab nicht hinaus können. Aus diesem Grunde werden sie der Arbeiterbewegung im allgemeinen nicht gefährlich werden.

**Alexander Tille gestorben.**

Nach tritt der Tod den Menschen an. Unmittelbar nachdem wir uns bei Durchsicht der letzten Nummer der von Tille redigierten Süddeutschen Wirtschaftszeitung an einigen Proben echten Tilleschen Scharfmachergeistes ergötzt hatten, brachte die Tagespresse die Nachricht von seinem Tode. Die Arbeitererschaft hat keine Veranlassung, sein Andenken zu segnen. Das einzige, was zu seinem Lobe anzuführen wäre, ist, daß er seine Scharfmachergeheimnisse offen und ehrlich zur Schau trug. Wenn es sich um Arbeiterangelegenheiten handelte, so machte er aus seinem Herzen keine Mördergrube. So schrieb er im Jahre 1906, als der christliche Metallarbeiterverband in der Bursbacher Gasse einen Streik hatte, in seinem Blatte folgendes:

Es ist ja ein ganz netter philosophischer Sport, herauszukübeln, welche „Rechte“ jeder Mensch hat. Aber wenn eins sicher ist, so ist es das, daß keine menschliche Gesellschaft jemals bestehen könnte, wenn jeder diese Rechte auch nur zur Hälfte ausüben wollte. Vielleicht lernen auch die Herren Bernerius (christlicher Gewerkschaftssekretär) und Büchle (Hauptredakteur der liberalen Saarbrücker Zeitung) noch einmal, daß das ganze Geschäft von Menschenrechten in die Kumpellammer hineingeht und daß das praktische Leben von der Wechselwirkung, von wirtschaftlichen und sozialen Kräften gebildet wird. Es ist nicht die Schuld des industriellen Unternehmertums, daß die Kräfte des Geistes und des beherrschenden Willens noch immer die Tendenz haben, die Lebensgeschichte der Träger der Muskelkraft im wesentlichen zu bestimmen. Und ist es zuzutun, wenn wir sagen: wehe, wenn es einst anders wäre!

Mit größter Geschäftigkeit wandte Tille sich ferner gegen die bürgerlichen Sozialreformer, zum Beispiel gegen den Münchener Professor Lujjo Brentano. Diese Draufgängerer ist seinen eigenen Klaffengenenossen oft genug unbehagen geworden, vielleicht nur, weil er das auf offenem Markte unbestimmt aussprach, was mancher nur im vertrauten Kreise zu sagen wagte.

Der größeren Öffentlichkeit wurde Tille bekannt, als er zur Zeit des Burenkrieges in der Scharflichen Woch eine gegen England gerichteten Artikel veröffentlichte. Er war damals Dozent der deutschen Sprache an der Universität zu Glasgow und die Studenten drohten, ihn wegen des Artikels ins Wasser zu werfen. Tille floh schleunigst nach Deutschland und fiel hier die Treppe hinauf, weil sein Knoch in Glasgow ihn über Nacht beim deutschen Unternehmertum zu einem berühmten Manne gemacht hatte. Nach vorübergehender Beschäftigung beim Zentralverband deutscher Industrieller wurde er Syndikus der Saarbrücker Handelskammer. Als solcher nahm er, wie ihm nachgerühmt wird, die wirtschaftlichen Interessen des dortigen Unternehmertums mit großem Eifer wahr. Ferner trat er bei jeder Gelegenheit mit großem Nachdruck für die Kanalisierung der Mosel und der Saar ein — unzulänglich für ein Kulturwerk. Allein dies genügt dem Ehrgeiz Tilles nicht, er strebte „höher“. Seine Gesinnungsverwandtschaft mit dem König Stumm bewies er, indem er in seinen Wänden dessen Reden und Aufträge herausgab. Eine theoretische Begründung und Rechtfertigung des Scharfmacheriums versuchte Tille ferner in einem vierbändigen Werke mit dem Titel: Die Berufsstandspolitik des Gewerbes und Handelsstandes, ein Werk, das auch in bürgerlichen Kreisen viel Widerspruch hervorrief und in der Kulturgeschichte kommender Jahrhunderte — wenn es überhaupt noch beachtet wird — sicher eine ähnliche Rolle spielen wird wie Macchiavellis Buch vom Fürsten.

Erfahrunglich war Tilles Fertigkeit im Erfinden neuer Ausdrücke, wenn es galt, die Bestrebungen seiner Gegner herabzusetzen. Das genannte Werk und seine Zeitschrift liefern viele Beispiele davon. Da findet man Wörter wie: Seelenliche des Kathederjournalismus, Klassenmoralismus, Sozialideologen, Feterndenversicherung, Massenkampfbeiträge, Partikularmoralismus, Klassenfunktionalität, Feuerungsrummel, Wohnungsmoralismus u. s. w. Eine Zeitung versuchte Tille auch einen Kampf gegen den Buchdruckerverband zu führen, indem er zum Wohlstand tarifreuer Druckereien aufforderte und in seinem Blatte ein Register sogenannter tariffreier Firmen veröffentlichte. Er hat dies Treiben aber bald eingestellt, vermutlich weil er doch dahinterkam, daß er auf diesem Gebiete doch nichts anderes ernten konnte als Blamagen.

Tilles Treiben artete so aus, daß es selbst die nationalliberale Partei genierte. Wenigstens sagte ihr rheinländischer Provinzialvorstand sich von ihm los. Eins der ersten Blätter dieser Partei, die Sozialistische Zeitung, widmet ihm in ihrem ersten Morgenblatt vom 17. Dezember einen Nachruf, der mit folgenden Worten schließt: „Was man an ihm schätzte, das war die gewaltige Arbeitskraft und der heimatliche Eifer, der Industrie zu dienen. Im übrigen aber wäre zu wünschen, daß mit Tilles Tode auch seine Auffassung von der Rolle der Arbeiter in der Volkswirtschaft tot ist.“

**Arbeiterversicherung.**

Vorbehalt des Entschädigungsanspruchs. sk. (Nachdr., auch im Auszug, verbote.) Das Gewerbeunfallversicherungsgesetz steht in § 72 für die Anmeldung eines Entschädigungsanspruchs eine Verjährungsfrist von zwei Jahren vor. Es bestimmt nämlich, daß Entschädigungsberichtigte, für die die Entschädigung nicht von Amts wegen festgestellt ist, ihre Entschädigungsansprüche bei Beendigung des Ausschusses vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Eintritt des Unfalls bei derjenigen Berufsgenossenschaft anzumelden haben, der die Entschädigungspflicht obliegt. Nach Ablauf dieser Frist hat eine Anmeldung nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn glaubhaft bewiesen ist, daß die Folge des Unfalls, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später bemerkbar geworden oder der Entschädigungsberichtigte durch die Umstände an der Verfolgung seines Anspruchs gehindert worden ist. Auch nach Kenntnis von der Unfallfolge oder Wegfall des Hindernisses für die Anmeldung ist diese an eine Frist von drei Monaten gebunden. Wie aber aus einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 8. Mai 1912 hervorgeht, kann ein Entschädigungsberichtigter die Verjährung dadurch hindern, daß er sich, wenn er noch nicht gewiß ist, ob Unfallfolgen eintreten oder nicht, die Geltendmachung seiner Ansprüche gegen die Berufsgenossenschaft vorbehält. In dem vorliegenden, zuerst vom Schlichter Herrich Berlin entschiedenen Falle hatte der Kläger bei der Unfalluntersuchung die Erklärung abgegeben: „Ich habe jetzt noch Schmerzen am Fuß, er ist auch immer noch angeschwollen. Ich behalte mir daher meine Ansprüche vor.“ Das Reichsversicherungsamt erließ in diesem Vorbehalte eine bedingte Anmeldung des Entschädigungsanspruchs, die innerhalb der zweijährigen Ausschlußfrist bei der Berufsgenossenschaft eingegangen ist. Diese Anmeldung aber hindert den Ausschluß des Anspruchs durch Zeitablauf. Es genügt demnach die an keine Form gebundene Erklärung des Vorbehalts, solange die Unfallfolgen noch nicht völlig abgeklungen sind. (Vergleiche Sammlung der Entscheidungen des Reichsversicherungsamts I. Seite 202.)

**Saber die „Christlichen“ Verleumdungsfreiheit?**

Vor der Berufungskammer des Essener Landgerichts wurde am 7. Dezember der bekannte „Heinrichsbriefprozeß“ in zweiter Instanz verhandelt. Die Vorgeschichte des Prozesses ist kurz folgende:

Am 3. September 1910 veröffentlichte der Bergknapp, das Organ des christlichen Gewerksvereins der Bergarbeiter Deutschlands, einen Artikel unter der Überschrift: „Ein neuer Schwanenstreich geplant“, worin mitgeteilt wurde, daß der Redaktion des Bergknappens ein mit „Heinrich“ unterzeichnete Brief durch die Post zugegangen sei, der darauf schließen lasse, daß man im Lager des Deutschen Bergarbeiterverbandes am Werke sei, zur bevorstehenden Knappschwaunwahl in letzter Stunde schwarze Verleumdungen gegen den Gewerksverein oder dessen Führer zu verbreiten. Der Brief sei in Dortmund mit dem Postkempel versehen worden und der Absender habe sich wahrscheinlich bei der Anfertigung geirrt. Kurz vor der Knappschwaunwahl im Ruhrgebiet veröffentlichte der Bergknapp den „Heinrichsbrief“ auch im Postamt. Die Parteipresse im Ruhrgebiet brachte das Faktum einige Tage später und im Vergleich dazu die Handchrift des Gewerksvereinssekretärs H. S. K. S., die sehr viel Wehrlichkeit aufwies. Das schlug wie eine Bombe unter die Bergarbeitererschaft ein und allgemein wurde die Meinung vertreten, daß der Gewerksvereinssekretär der Macher des Briefes gewesen sei, um dem Gewerksverein einen guten Agitationsruß zu verschaffen. Da erschien am 17. November 1910, am Tage der Knappschwaunwahl, ein kurzgefaßter Laufzettel mit der sensationellen Überschrift: „Briefschreiber gefunden“. Arbeitersekretär Genosse Heinrich Aufderstraße (Wochum) wurde beschuldigt, der Briefschreiber des Heinrichsbriefes zu sein. Der Angeklundigte erhob sofort Privatklage und nach erfolgten Vernehmungen sollte endlich in diesem Frühjahr das Essener Schöffengericht sein Urteil fällen, daß der Verfasser und gleichzeitige verantwortliche Zeichnende des Artikels im Bergknapp und des Beschuldigungsflugblattes, Redakteur Heinrich Imbusch, zu 500 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Die Berufungskammer hob nun das Schöffengerichtsurteil auf, stellte dem Angeklundigten den Schutz des § 193 zur Seite und sprach ihn frei.

Dem Kläger sollen damit die enormen Kosten zur Last, die der Prozeß verursachte. Sind doch außer den zahlreichen Zeugen drei Sachverständige — Dr. Jelerich, Dr. Loos und Dr. Meier — einbezogen bemüht worden, um den Briefschreiber zu ermitteln. Alle drei Sachverständige bekundeten, daß Genosse Aufderstraße der Briefschreiber nicht gewesen sein kann, dem Angeklundigten wurde auch nachgewiesen, daß er bodenlos leichtfertig dem Kläger als Briefschreiber beschuldigt hat, trotzdem — der Kläger zahlt die Kosten!

Dieses Urteil wird manchen zu allerlei Betrachtungen über unsere heutige Rechtsprechung veranlassen. Bei der Unberufenheit manches „christlichen“ Klageverwehlers ist obendrein noch zu erwarten, daß er diesen „Sieg“ noch in der bei Selbsteigenschaft üblichen Weise ausplacieren wird. Es empfiehlt sich darum, sich des wahren Sachverhalts zu erinnern.

**Ein streikverfolgt verurteilter Streikbrecheragent.**

Hinter dem Streikbrecheragenten Emil Knoth, der sich Stellenvermittler und „Internationale Antigenewerkschaftliche Vereinigung“ nannte und in dieser Eigenschaft verschiedene Unternehmen hineinlegte, ist folgender Streikbrief erlassen worden:

**Streikbrief.**

Gegen den Stellenvermittler Ludwig Emil Knoth, geboren am 20. September 1881 zu Sonneberg, welcher sichtlich in beziehungsweise sich verborgen hält, ist die Untersuchungschaft wegen wiederholten Betruges verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und hierher Nachricht zu geben — E. V. 284/12.

Hamburg, den 6. Dezember 1912.

**Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht.**

Knoth scheint jetzt nicht gern etwas mit den Behörden zu tun haben zu wollen. Früher war es anders. Als seine Betrügereien noch nicht herausgefunden waren, wandte er sich gerne an die Polizei und ließ nach ihm und seine „Schützlinge“ gern unter ihre Fittiche. Am 21. Oktober wurde er von der zweiten Hamburger Strafkammer wegen Betrugs in drei Fällen zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. (Siehe W.-Ztg. Nr. 44, Seite 355.) Schon damals ließ es, daß noch einige Fälle gegen ihn vorlägen. Da ist es doch merkwürdig, daß man den laubenden Herrn nicht gleich verhaftete. Daß der Bursche ausheizen würde, war doch wohl vorauszuversetzen. Vielleicht wird er jetzt anderswo und unter falschem Namen auftauchen und die Unternehmer aufs neue einleiten.

**Streikbrecherstaten.**

Der im Jahre 1886 zu Beuthen in Schlesiens geborene Arbeiter Jakob verbrachte in der Maschinenfabrik S. A. Schütz in Wuzon Streikbruch. Am Abend des 31. Oktober 1912 er ohne jede Veranlassung im Restaurant Bürgergarten auf mehrere Hundruder mit einem großen Dolchmesser ein. Der Schriftfeger Schlegel erhielt Sitze in die Brustseite und in den Daumen, so daß er vierzehn Tage in ärztlicher Behandlung war. Den Maschinenmeister Capelle stach Jakob in den linken Oberarm, dem Schriftfeger Krüger verpöchte er eine drei Zentimeter tiefe und sechs Zentimeter lange Stichwunde in den rechten Oberarm, so daß er drei Wochen lang arbeitsunfähig war. Der Messerheld wollte sich vor Gericht mit Bestürzung herausreden. Er wurde zu fünf Monaten Gefängnis und wegen unerlaubten Waffentragens zu einer Woche Haft verurteilt. Dem streikbrechenden Messerfeger war entgegen die bevorzugte Stellung als Hausreiter so in den Kopf gestiegen, daß er glaubte, sich alles erlauben zu dürfen.

**Vom Ausland.**

**Osterreich.**

Das Jahr 1913 wird in Osterreich ebenso wie in Deutschland ein Kampfjahr erster Ordnung werden. In den wichtigsten Bezirken laufen eine große Anzahl Tarifverträge ab und es ist als ziemlich wahrscheinlich anzunehmen, daß es bei der Erneuerung der Verträge zu großen Konflikten kommen wird. Auch die Arbeiter der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie werden im Jahre 1913 vor bedeutsame Entscheidungen gestellt sein und eine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse kaum anders als im erbitterten Kampfe durchzusetzen imstande sein.

Als Vorboten des Kampfes hat sich in Wien bereits die Kündigung der Verträge angekündigt. Am 29. November fand eine gemeinsame Sitzung der Wiener Bezirksleitung und des Zentralverbandes des Metallarbeiterverbandes statt, die den Beschluß faßte, die Tarifverträge für Wien und Umgebung, die mit den einzelnen Maschinenfabriken, Schlossereien und Spenglereien abgeschlossen worden sind, für den 1. März 1913 zu kündigen. Außerdem wurden für den gleichen Termin die bestehenden Kollektivverträge der Schlosser und Spengler gekündigt. Zusammen wurden also die Verträge in allen Wiener Schlossereien und Spenglereien, ferner in 90 Firmen der Metall- und Maschinenindustrie gekündigt. In den Industriekreisen der Umgebung Wiens kamen vorerst die Verträge von acht Firmen zur Kündigung.

Der größte Teil dieser Verträge wurde mit dem Wiener Industriellenverband geschlossen und es ist deshalb diesem eine Generalkündigung aller dort am 1. März 1913 ablaufenden Verträge gebietet worden. Der Industriellenverband hat die Kündigung zur Kenntnis genommen. Außerdem sind vom Metallarbeiterverband auch allen beteiligten Firmen separate Kündigungen zugegangen, da es nicht ausgeschlossen ist, daß Unternehmer inzwischen aus ihrem Verband ausgetreten sind, die dann die Kündigung durch den Industriellenverband nicht zur Kenntnis genommen hätten. In den Firmen, deren Verträge gekündigt wurden, sind etwa 15 000 bis 16 000 Arbeiter beschäftigt. Falls die Verhandlungen zu keinem Ziele führen sollten, würde demnach ein durch seine Größe bedeutender Streik die Folge sein. Es ist aber leicht vorherzusagen, daß in diesem Falle der Kampf nicht allein durch die große Zahl der Beteiligten, sondern auch durch die Tatsache, daß zwei wohlgerüstete Gegner aufeinanderstoßen, von Bedeutung wäre. Die Metallarbeiter lassen es sich auf alle Fälle angelegen sein, ihre Kündung zu verbodentem. Wohl haben sie durch die Infolge der Kriegsgesahr täglich empfindlicher werdende geschäftliche Depression jetzt größere Schwierigkeiten zu überwinden, als man früher glaubte, aber dem kampferprobten Eifer der Wiener Metallarbeiter wird es gemäß gelingen, auch dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

Die Kriegsgesahr währt jetzt schon den dritten Monat. Die österrische Volkswirtschaft hat in dieser Zeit schwerere Wunden erlitten, als in einem Kriege selbst. Die lange Zeit der Unsicherheit hat alles desorganisiert, jeden Unternehmungsgelbst unterbunden und erstarrt, so daß es gewiß eine beträchtliche Zeit dauern muß, bis das gestörte Getriebe wieder normal funktionieren kann. Dabei ist aber noch gar nicht abzusehen, wie lange die durch die Kriegsgesahr heraufbeschworene Unsicherheit noch dauern wird und wie große Opfer noch gebracht werden müssen, bevor eine Beruhigung eintritt.

Die Schädigung der österrischen Industrie wurde zunächst dadurch herbeigeführt, daß der Export in die Balkanländer ins Stocken kam. Dazu trat bald die Unmöglichkeit, die in diesen Ländern ausstehenden Forderungen hereinzubringen, was beengenderweise auch zu Zahlungsschwierigkeiten im Inlande führen mußte. Schließlich begann die Unsicherheit lähmend auf die Vorbereitung größerer Unternehmungen zu wirken, was vollends zur Deserte beitrug. Fast kein neues gewerbliches Projektion, bis auf die, die Kriegsmaterialien herstellen, ist vorant getrieben. Freilich, jene Industrien, die irgendwo mit den Kriegsrüstungen zu tun haben, machen jetzt gute Geschäfte. — Verhältnismäßig groß ist noch der Mangel der Kohlenwerke, weil die Bahnen und auch manche angestrichen Industrien sich größere Kohlenvorräte auf Lager legen. Von der Eisen- und Metallindustrie wird folgendes berichtet: Die Eisenhütten und Walzwerke sind nach stark beschäftigt und haben mit der Aufarbeitung der alten Aufträge für Monate zu tun, der Einlauf neuer Aufträge ist aber naturgemäß spärlicher geworden. Sonst aber wird ein schwächerer Geschäftsgang, eine mehr oder minder einwirkende Stöckung in allen Produktionsgruppen konstatiert. Die Maschinenfabriken hatten bisher einen günstigen Geschäftsgang, beginnen aber den Rückschlag bereits zu spüren, zumal die Wertsuhr nach den Balkanländern aufgehört hat. Auch die bisher glänzende Lage der Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen scheint sich zu trüben, weil auch die Gutsherrn in den bewegten Zeiten von Neuanschaffungen absehen.

Es ist kein Zweifel, daß unter der ungünstigen Konjunktur die Gewerkschaften sehr leiden müssen. Die großen Hoffnungen, die man auf die gewerkschaftliche Entwicklung in diesem Jahre setzen zu können glaubte, werden sich nicht erfüllen. Der Jahresabschluss unserer Verbände wird weit hinter den Erwartungen zurückbleiben, die man früher hegen konnte. Sowohl was die Mitgliederzahl als auch die Stoffengebarung anlangt, wird man nunmehr auf sehr mäßige Resultate dieses Jahres gefaßt sein müssen. S. D.

**Frankreich.**

wd. Ein größerer Streik ist vor etwa acht Wochen in Comcoins, einer Stadt im Norden, in der Nähe der belgischen Grenze ausgebrochen. Schon im August dieses Jahres hatte das Schlichtamt des französischen Maschinenbauerverbandes eine Lohnaufregung eingeleitet, die auf die Festsetzung eines Minimallohnes, auf Überlundenzuschlag, sowie wegen der Verteuerung der Lebenshaltung auf eine allgemeine Erhöhung der bisherigen Löhne abzielte. Die von der Organisation geleiteten Vorverhandlungen führten zu keinem Resultat. Die Unternehmer erklärten, daß sie mit der Gewerkschaft nicht verhandeln könnten, da diese keine Garantien bieten können für Durchführung und Einhaltung eines Tarifvertrages. Es kam deshalb zu Verhandlungen in den einzelnen Betrieben. Die gemeinsame Forderung war ein Einstellungslohn für alle im Maschinenbau arbeitenden gelehrten Arbeiter von 55 Centimes die Stunde. Ein Ueberlundenzuschlag für die sehr oft zur Reparatur von Spinn- und Webmaschinen notwendige Ueberarbeit, sowie eine allgemeine Erhöhung der bisherigen Löhne.

Zwei Firmen gingen ohne weiteres auf die Forderungen ein. In den anderen wurde am 14. Oktober der Streik proklamiert, der über 700 Personen umfaßte. Zwei Wochen später waren die Forderungen in 21 anderen Betrieben mit zusammen 190 Arbeitern angenommen. Dieser schnelle Zellerfolg veranlaßte im Unternehmerlager einen engeren Zusammenschluß, dessen erste Folge die Auspötrung von 90 Arbeitern in drei Betrieben war. Seitdem ist die Lage unverändert. Die Streikenden hatten gut aus, aber auch die Unternehmer wollen es anscheinend auf einen langen Kampf ankommen lassen.

Ein anderer Streik, der ebenfalls Beachtung verdient, ist der am 21. Oktober ausgebrochene Formestreik in Roissy-le-Sec im Seine-Departement. Er umfaßt 200 Personen. Die Streikfahnde waren Abzüge, die das in der Glöckerei übliche Stämienhäm fortwährend zeltigte. Gefordert werden ein Anfangslohn für Glöckarbeiter von 60 Centimes, für Polsterer 65 Centimes, für Formner und Kernmacher 80 Centimes, pro Tag 1,50 Franken mehr. Weiter wird die Einführung der englischen Woche verlangt und Garantien für einen regelmäßigen Verbleib.

In diesem Streik, der ebenfalls schon acht Wochen dauert und der von den Streikenden mit bewunderungswürdiger Einmütigkeit geführt wird, sind zum zweitenmal in der Pariser Metallindustrie französische Hingearbeiter auf den Plan getreten. Diese laubenden Elemente, die eine gewerkschaftliche Streikbrecheragentur — „Freiheit der Arbeit“ betitelt — für jeden Streik liefert, und die mit Redaktoren

